Einzelpreis 6.— Mk.

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.
Fernsprecher: Hansa 1970, 1971 und 1972. Amt Moabit 2021.
Redaktionssekretariat: Dönhoff 5593.
Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Sonnabend, den 23. September 1922

5. Jahrg. Nummer 341

Die zweispaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 26.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Geraer Parteitag zur Einigung

(Eigenbericht der „Freiheit“)

Gera, 22. September.

Die Kritik an dem Bericht der Fraktion, die in der gestrigen Nachmittagssitzung geübt worden war, war das Vorspiel zu der Einigungsdebatte, die den Parteitag von nun an bis zu seinem Ende beherrschen wird. Daß noch nicht alle Bedenken gegen das im übrigen fast restlos gebilligte gemeinsame Programm und gegen die Organisationsgrundlage beseitigt sind, zeigt der Antrag von 84 Genossen, der die Sicherung der Unabhängigkeit der Presse in der geeinten Partei fordert. Seine Unterzeichner fürchten zwar nicht eine Wiederkehr der nur während des Krieges unter dem Belagerungszustand möglichen Vorkommnisse. Ihnen erscheint aber ein offenes Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Presse sowohl gegen politische als zentralistische Einflüsse aus äußerlichen Gründen notwendig. Man hat aber auch gar keinen Zweifel gelassen, daß die Einigung auf der anderen Seite im selben Sinn aufgefaßt wird, zumal die diesbezüglichen Organisationsbedingungen beider Parteien völlig übereinstimmend sind.

Nach der Erteilung des Wortes an den Genossen Crispien setzt sofort ein großer Andrang zur Rednerliste ein. Das läßt erkennen, daß nicht wie in Augsburg völlige Uebereinstimmung über die Einigung besteht und daß daher von einer Debatte nicht abgesehen werden kann. Nach den wochenlangen erschöpfenden Debatten über die Notwendigkeit der Einigung konnte man selbstverständlich von dem Referat des Genossen Crispien keine wesentlich neuen Gedankengänge erwarten. Crispien handelte deshalb vollkommen richtig, als er seine Aufgabe vor allem darin sah, noch einmal plastisch nachzuweisen und in großen Zügen darzustellen, was die Einigung notwendig, was sie erstrebenswert macht, und was sie der deutschen Arbeiterklasse bringen kann. Zunächst wies er die lächerliche Redensart, es habe sich in Deutschland seit dem Rathenaumord nichts geändert, mit treffenden Einwänden zurück. Nicht uns hat der Mord an Rathenau neue Ausblicke eröffnet oder Einsicht verschafft, wohl aber der großen Masse der Arbeiter, die den Ernst der politischen Situation vorher nicht erkannt hatten. Jetzt aber sehen sie, was wir lange wissen, daß mit dem Rathenaumord verbunden war die Absicht der Förderung einer bolschewistischen Diktatur, um so durch spätere Niederschlagung der Arbeiterklasse der Reaktion die Wege zu ebnen, wenn der bolschewistische Terror die notwendige psychologische Stimmung dafür geschaffen haben würde. Es gilt deshalb, die Republik zu schützen, nicht allein der Republik wegen, sondern vor allem wegen der erhöhten Schlagkraft der sozialistischen Bewegung. Eingehend widerlegte Crispien auch die Anschauung, als ob alle Mittel, die die Arbeiterklasse im politischen Kampf anwendet, starre Grundsätze verkörpern, die nie geändert werden dürften. Der einzige Grundsatz, der die sozialistische Bewegung stets beherrscht, ist der des Klassenkampfes. Er bedeutet die Erkenntnis, daß zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse ein unüberbrückbarer Gegensatz klafft, den nur der Kampf überwinden kann. Eingehend legte auch Crispien den Unterschied zwischen dem opportunistischen Standpunkt zur Koalition mit den bürgerlichen Parteien und unseren Standpunkt dar. Nicht dauernde Zusammenarbeit der Klassen erstreben wir, sondern die gelegentliche Zusammenarbeit nehmen wir dann in den Kauf, wenn sie den Interessen des Proletariats dient und seine Kampfesfähigkeit stärkt.

Seine fast zweistündige Rede beendete Crispien mit dem Bekenntnis zur kameradschaftlichen Austragung aller immer bestehenden Meinungsverschiedenheiten und einem Ausblick auf die segensreiche Wirkung, die die Einigung der Arbeiterklasse nicht nur der politischen Bewegung, sondern auch den Gewerkschaften und Genossenschaften, und unserer Arbeit im Reich, in den Ländern und Gemeinden eröffnet. Was Crispiens Referat auszeichnete, die Hervorhebung der zwingenden Umstände und der leitenden Gedanken, die zur Einigung treiben, das fehlt im Korreferat von Ledebour völlig. Dessen Rede war eine Aneinanderreihung einzelner Tatsachen, meist von untergeordneter Bedeutung. Dann Kritik an diesem, Kritik an jenem, aber nicht ein einziger positiver Gedanke, der eine ernsthafte Erwähnung verdiente. Es ist bitter, das feststellen zu müssen. Nicht nur, weil Ledebour mehrere Jahrzehnte der Arbeiterbewegung nach bestem Wissen und Können gedient hat, sondern weil damit auch offenbar wird, wie wenig der großes Ansehen genießende Führer die Erfordernisse der Situation begriffen hat.

Aber noch etwas anderes muß offen gesagt werden. Die Spaltung in Halle hat zwar der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung schweren Schaden zugefügt, sie hat ihre Kräfte gelähmt, ihren politischen Einfluß vermindert und viele, die irre wurden, zur Seite gedrängt. Aber doch gab es in Halle etwas Großes und Erhebendes. Das war die moralische Erhöhung, die der Sieg des sozialistischen Gedankens damals über den despotischen und anarchistischen davongetragen hat. Halle war eine zwar mit großer Erbitterung geführte Auseinandersetzung, aber doch ein geistiges Ringen, ein Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, in denen die hohen politischen Ziele, für die wir kämpfen, weithin leuchtend sichtbar waren.

In dem Referat Ledebours war auch nicht das geringste von solchen großen Gedanken zu spüren. Er sah nicht das, was das Interesse des Proletariats, das, was der Ernst der bis zum Platzen gespannten politischen Lage erfordert. Was jeder Arbeiter nach dem Rathenaumord einsah, er hat es nicht begriffen. So war die Stelle seiner Rede, in der er den Augenblick glücklich pries, wo er die Erklärung abgegeben habe: „Das mache ich nicht mit,“ das geistige Ende seiner politischen Tätigkeit. Er hatte nur ganz vereinzelten Beifall, als er geendet hatte, und wer sich mit ihm in dem Wahn bewegt, durch neue Zersplitterung, durch Bildung einer kleinen Sekte politisch arbeiten zu können, der wird in wenigen Wochen völlig vereinsamt sein.

Das war auch die Feststellung, mit der Genosse Berten die Reihe der Diskussionsredner eröffnete. Illusion sei es von Ledebour, anzunehmen, daß mehr als nur einige Dutzend Menschen hinter ihm ständen. Und als bezeichnendes Beispiel für die Einflußlosigkeit der wenigen als Gegner der Einigung auftretenden Genossen, teilte er zum größten Erstaunen des Parteitages mit, daß Obuch, einer der Unterzeichner der Resolution Ledebours, bisher in Rheinland-Westfalen verschwiegen habe, daß er Gegner der Einigung sei.

In der Nachmittagssitzung wurde die unter der vollen Aufmerksamkeit des Parteitages vor sich gehende Debatte durch einen Schlußantrag beendet. Die Schlußworte werden erst in der morgigen Vormittagssitzung entgegengenommen, die dann auch einen rechtzeitigen Schluß des Parteitages bringen wird, damit die Abreise nach Nürnberg am Tage erfolgen kann.

Von den sechs Rednern, die zu Worte kamen, sprachen fünf für die Einigung und nur Rosenfeld dagegen. Die Gedankengänge der fünf waren durchaus nicht einheitlich. Den Reigen der Redner eröffnete Dißmann. Er beklagte Ledebours Absplitterung, dem er sich innerlich so außerordentlich verwandt fühle. Daher war es verständlich, daß er von Crispiens Rede schmerzlich berührt war. Er habe den Eindruck erweckt, daß die USPD. mit der Einigung ihre Grundsätze aufgeben werde. Zubeil unterstützt ihn darin, fand aber den lebhaften Beifall des Parteitages, als er erklärte, er wolle nicht zurückbleiben. Auch Toni Sender äußerte Bedenken gegen die Einigung, aber nicht wegen des Zeitpunktes, sondern wegen der Art. Die Einigung sei nicht im Kampfe, sondern auf dem Wege von Verhandlungen erreicht worden. Auch Genosse Stein (Berlin) äußerte gewisse Bedenken und forderte vor allem rückhaltlose Anerkennung der Meinungsfreiheit. Die Einigung sei kein Aufgehen in die SPD. mit der VSPD. Es wird eine neue Partei geschaffen, der die beiden bisherigen Parteien zum Opfer fallen. Aehnliche Bedenken äußerte Genosse Breitscheid; er wurde vom lebhaften Beifall des Parteitages unterstützt, als er erklärte, daß wir nichts aufzugeben haben, insbesondere aber nicht unsere Gedanken während des Krieges, die wir nach wie vor für richtig halten.

Von den Gegnern der Einigung sprach nur Rosenfeld. Es ist bemerkenswert, daß er sich zustimmend zu einer Resolution des Genossen Dißmann äußerte, die die bisherige Koalitionspolitik der SPD. verurteilt und als eine dauernde Schädigung der Interessen des Proletariats bezeichnet. Da diese Resolution ferner erklärte, daß die Delegierten der USPD. auch in der neuen Partei sich in der Frage der Koalitionspolitik zum Leipziger Manifest bekennen, bezeichnete Genosse Stein sie mit Recht als verhängnisvoll und im letzten Stadium der Debatte eingebracht für eine Ueberrumpelung des Parteitages. Er warnte deshalb vor deren Annahme, deren Wirkung sich nicht vorher sagen lasse. Dies scheint auch inzwischen die Meinung des Genossen Dißmann geworden zu sein. Die Resolution wird zurückgezogen und nur als persönliche Bemerkung dem Protokoll einverleibt.

* * *

2. Verhandlungstag

(Eigener Drahtbericht.)

Gera, 22. September.

Vorsitzender Dittmann eröffnet die Sitzung, verliest die zum dritten Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge und gibt dem

Genossen Crispien

das Wort zu seinem Referat:

Die Einigung des Proletariats

Der Redner geht nach einigen einleitenden Worten auf die Situation ein, die sich durch den Rathenau-Mord ergab. Es sei nicht lediglich, wie manche gesagt haben, nur „ein Mann“ ermordet worden. Die Reaktion habe den Plan gehabt, **durch die Ermordung Rathenaus die Arbeiterklasse zu provozieren, sie zu unüberlegten Schritten zu verleiten,** um dann unter dem Nimbus der „Errettung des Vaterlandes“ vom Bolschewismus mit Strömen von Blut die Republik und die Demokratie zu beseitigen. Die Arbeiterklasse aber hat ein dringendes Interesse an dem Bestand der Republik, und in die gewaltige Abwehraktion der Massen reihten sich nicht nur die Kommunisten, sondern auch bürgerliche Schichten ein. Als dann gefordert wurde, **die Regierung durch Verbreiterung nach links zu stützen,** als die USP. sich bereit erklärte, angesichts der außergewöhnlichen Lage in die Regierung zur Durchführung bestimmter Aufgaben einzutreten, da entstand sofort wieder die

Einheitsfront des Bürgertums.

Die geforderte Verbreiterung der Regierung nach rechts lehnte auch die mehrheitssozialdemokratische Partei mit einer **erfreulichen Entschiedenheit** ab. Die dann erfolgte **Bildung der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien** trug nur einer vorhandenen Tatsache Rechnung.

Schon 1921 hatte die USP. in einem Aufruf überall die Bildung von Arbeitsgemeinschaften angeregt, und so entsprach die erfolgte Bildung einer solchen nur der schon vorhandenen, seinerzeit einstimmig gebilligten Absicht unserer Partei. Der nächste Schritt waren die Verhandlungen zur **Schaffung eines Aktionsprogramms.** Ein arbeitsfähiges Programm wird durch gemeinsame Arbeit der wiedervereinigten Parteien geschaffen werden. **Das Aktionsprogramm enthält das Bekenntnis zum Klassenkampf.** Wer den Klassenkampf will, lehnt die Klassenharmonie ab. Die programmatische Niederlegung dieser Gedanken ist befriedigend.

Was das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien anbetrifft, so sei auf die Resolution des Genossen Bebel auf dem Parteitag 1903 zu Dresden hingewiesen: wenn ein ganz bestimmter Zweck erreicht werden kann, sei ein vorübergehendes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien möglich. Schon 1900 war von Bebel und Kautsky die Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien als eine taktische bezeichnet worden. **Koalitionspolitik** dürfe nicht betrieben werden mit dem Ziel **der Versöhnung der Klassen.** Darum mußten wir in bestimmten Situationen die Koalitionspolitik bekämpfen. Heute, wo keine der beiden Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, über das Uebergewicht verfügt, ist sowohl eine rein sozialistische als auch eine rein bürgerliche Regierung unter gegenseitiger Duldung möglich, ebenso eine Koalitionsregierung. Eine Arbeiterregierung brauchen wir nach kommunistischem Muster nicht zu fordern, sie ergibt sich als Resultat der siegreichen Kämpfe des Proletariats.

Unsere Stellung zur rein bürgerlichen Regierung

ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Differenzierungen sind genau zu beachten. Wir stützen daher sehr oft bewußt die Regierung Wirth, um eine schlechtere oder eine deutschnationale Katastrophenpolitik zu verhindern. Selbst die Kommunisten stützen in bestimmten Situationen die Wirthregierung. Unverantwortliche Politik, ohne Rücksicht auf ihre Wirkungen, müssen wir ablehnen. Der italienische Faszismus z. B. kann als Resultat einer verkehrten sozialistischen Politik bezeichnet werden. Wir müssen uns klar sein darüber, daß ein **dauerndes Zusammengehen mit bürgerlichen Schichten nicht möglich ist.** Die

Klassengegensätze lassen das als ausgeschlossen gelten. Bestimmte geschichtliche Situationen zwingen zu Aenderungen der Taktik. Marx und Engels haben immer ihre Handlungen den Verhältnissen angepaßt. International beginnt eine neue Orientierung.

Wir haben dem Prinzip der internationalen Gleichberechtigung zugestimmt. Wir wollen in beiden Internationalen die jeweiligen Vertreter belassen. **Im Oktober wird auf der internationalen Konferenz der IASP. die Frage der sozialistischen Einigung in allen Ländern ausführlich besprochen.** Wir mußten, ob wir wollten oder nicht, mit der Zweiten Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zusammenkommen und zusammen arbeiten. Das gleicht auch theoretische Gegensätze aus und muß auch zur internationalen Wiedervereinigung führen. **Die Einigung kommt nicht zu schnell, sondern sie kommt im höchsten Augenblick.**

Ueber die theoretischen und persönlichen Gegensätze hinweg müssen wir uns angesichts des kommenden großen

Generalsturms der Reaktion

einigen. Der Wille zur Einigung erfüllt die Massen. Die Kommunisten propagieren immer und immer wieder den Bruderkampf. Sie wollen durch den Betriebsrätetrummel beispielweise die Gewerkschaften zerreißen. **Die Mauer zwischen uns und den kommunistischen Arbeitern wird durch die von Moskau bezahlten Führer aufgerichtet.** (Stürmische Zustimmung, Händeklatschen).

Mit diesen Führern ist keine Gemeinschaft möglich, sie sind schlimmer als Reaktionäre. (Erneute Zustimmung). Wir haben immer die Einigung gewollt. Wir glaubten seinerzeit mit den Kommunisten der Dritten Internationale eine Einigung erzielen zu können. Das war nicht möglich.

Die sozialistische Wiedervereinigung stärkt die Arbeiterbewegung,

besonders aber die Gewerkschaften. Wer die Verelendung bekämpfen will, muß die Vereinigung wollen. **Dieser Kampf ist ein Kampf gegen das kapitalistische System.** Die Einigung soll und muß die sozialistische Erziehungsarbeit fördern. In den Gemeinden und Ländern gilt es, konzentrierter als bisher

sozialistische Aufbauarbeit

zu leisten.

Die Einigung muß kommen. Keiner braucht abseits zu stehen. Gleichberechtigung der Ansichten wird herrschen, persönliche Verbitterung hat zu schweigen. Keine neuen Sekten dürfen sich bilden. Die großen Massen des Proletariats aber gilt es in der geeinigten Sozialdemokratischen Partei zusammenzubringen, um die Indifferenten zu gewinnen, neue Kämpfer zu erziehen. **Die Einigung wird unsere werbende Kraft entfalten. Vollziehen wir die Einigung mit vollem Bewußtsein, mit leidenschaftlichem Willen. Die Einigung in Deutschland wird das Signal zur internationalen Einigung sein, dann wird wahr werden das alte Wort:**

Proletarier aller Länder vereinigt euch! (Stürmische Zustimmung, Händeklatschen.)

Genosse Crispien unterbreitet der Versammlung folgenden Antrag:

Antrag

Der Parteitag beschließt auf Grund des vorliegenden Aktionsprogramms und der vorliegenden organisatorischen Vereinbarungen die Vereinigung der USPD. mit der SPD. **Crispien.**

Korreferat des Genossen Ledebour

Einleitend zieht der Redner eine Parallele zwischen der Situation in der Partei beim Kriegsausbruch und jetzt. Die USP. hat nur Existenzberechtigung, wenn sie den revolutionären Sozialismus hoch hält. **Was uns jetzt zugemutet wird, ist eine Preisgabe unserer Grundsätze.** Die Einigung ist erstrebenswert, es kommt aber auf das **Wie** an. Das Vereinigungs-Aktionsprogramm ist aber alles andere, als revolutionär. Aber Programme sind schließlich nicht entscheidend. Die SPD. ist alles andere, als eine revolutionäre Partei. Sie hat ihre Macht nicht benutzt, um den kapitalistischen Staat wesentlich zu ändern.

Crispien hat seit Leipzig sein Begriffsvermögen gewandelt. Das sucht der Redner durch eine Reihe von Zitaten zu beweisen. In der Koalitionsfrage ist die Mehrheit der Zentralinstanzen umgeschwenkt. Der Bereitwilligkeit zur Koalitionsbildung folgte der Reinfall durch die Ablehnung der bürgerlichen Parteien.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft

der Reichstagsfraktion war ein weiterer Fehler. Die jetzige Stellung zur Koalitionspolitik steht im Widerspruch zum Leipziger Manifest. Die Beschlüsse der Reichskonferenz zur Regierungsbildung sind ein Bruch mit unseren in Leipzig bestätigten Grundsätzen. Die USP. ist von Rechtssozialisten irregeführt worden. Nach Preisgabe des Widerstandes gegen die Koalition kamen die großen Irreführungen der USP.-Mitglieder durch die Behauptung, die Einigung erfolge jetzt so, wie wir sie uns früher dachten. Das Aktionsprogramm verleugnet die Diktatur des Proletariats. Es ist deshalb nicht revolutionär.

In der **Bauernfrage** ist mit Rücksicht auf die Koalition der SPD. von der USP. nichts unternommen worden. Die Verschmelzung ist nichts anderes als ein Aufgehen der USP. in die SPD. Die Verschmelzungsbedingungen enthalten auch keine organisatorische Gleichberechtigung. Die Einigung wurde mit großer Hast betrieben. In Wirklichkeit wollen

die Massen davon gar nichts wissen,

wie die schlechte Beteiligung bei den Urwahlen zum Parteitag zeigt.

Redner fährt dann fort: Die Kommunisten sind auch noch nicht verschmelzungsreif. Viele ihrer Führer sind gewiß nichts wert. **Aber die kommunistischen Arbeiter sind wertvolle Klassenkämpfer.** Im Kampf gegen die Reaktion, die von der SPD. gestützt wurde, hat sich immer eine Blutbrüderschaft der USP. und der KPD. ergeben. Die verschmelzungsbereite Mehrheit der Partei hört jetzt auf, dem revolutionären Sozialismus treu zu bleiben. Sie verschmelzt sich **mit den Verrätern der Revolution, den Noske, Heine,** dem Vorwärtsredakteur **Zickler, Auer** und anderen. Ich werde auch mit den Kommunisten mich nicht einigen, solange sie nichtbestimmte, kompromittierte Führer abschütteln.

Ich lehne die Einigung mit der SPD. ab,

und habe noch viele im Reiche hinter mir, die die USP. als Sammelpunkt des revolutionären Proletariats aufrechterhalten werden, bis aus den gemeinsamen Aktionen eine große revolutionäre Partei ersteht, die den Sieg des Sozialismus verbürgt. (Schwacher, vereinzelter Beifall.)

Die Einigungsdebatte

Genosse Bertens-Düsseldorf weist darauf hin, daß uns die schwere Entscheidung aufgezwungen wird durch die Verhältnisse. Wir stimmen der Einigung zu, sie ist

eine historische Notwendigkeit.

Bedauerlich ist, daß Genosse Ledebour sich der Einigung verschließt. Es ist eine Täuschung, wenn er glaubt, daß in den Mitgliedschaften eine große Anhängerschaft für seine Auffassung vorhanden sei. Bemerkt muß werden, daß Genosse Obuch, im Niederrhein niemals Erklärungen abgegeben hat, er sei Gegner der Einigung. Auf dem Niederrheinischen Parteitag wurde die Entschließung der Einigungsanhänger mit großer Mehrheit angenommen. Genosse Ledebour und seine Freunde erschweren das Werk der Einigung. Durch ihr Abseitsstellen wird

nur der Indifferentismus gestärkt

werden. Wir machen die Einigung zu einer dauernden, wenn wir unter Ablehnung jeglicher Bindung mit bürgerlichen Parteien eine Politik des schärfsten Klassenkampfes betreiben. Die Zukunft wird keine Möglichkeit zur revisionistischen Politik bieten. Wir haben Bedenken gegen die organisatorischen Richtlinien. Genosse Berten empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme:

Der Parteitag stellt sich auf den Standpunkt, daß die organisatorischen Verhältnisse in der geeinigten sozialdemokratischen Partei bis zur endgültigen Beschlußfassung über ein neues Organisationsstatut so gestaltet werden, daß das Selbstbestimmungsrecht der Parteimitgliedschaft, insbesondere die Besetzung der Bezirks- und Kreissekretariate und der Redaktionen der Parteipresse sowie bei der Verwaltung der Parteigeschäfte und Parteiunternehmungen gewahrt bleibt. Das Aufsichtsrecht des Parteivorstandes über die Geschäftsführung der Unternehmungen, an denen die ganze Partei finanziell beteiligt ist, bleibt daneben unberührt.

Genosse Dobert-Elberfeld begründet die Notwendigkeit der Wiedervereinigung in erster Linie aus Gründen der internationalen Politik. Es muß alles getan werden, das internationale sozialistische Bewußtsein zu fördern, damit nicht wieder eine neue Katastrophe wie der Weltkrieg hereinbrechen kann. Die Revolution des Jahres 1918 konnte deshalb nicht zum völligen Ausbruch kommen, weil das Proletariat zersplittert war. Jetzt muß die Arbeiterklasse national und international für ein menschenwürdiges Existenzminimum kämpfen. Dazu ist notwendig die

Herstellung der internationalen Einigkeit,

die wir auch den verhängnisvollen Wirkungen des kommenden deutschfranzösischen Continental-Trusts entgegenstellen müssen. Kriegsgefahren, auf die selbst Nitti und Lloyd George hingewiesen haben, können nur gebannt werden durch die internationale Einheit. Das Aktionsprogramm können wir akzeptieren. Wir müssen dafür sorgen, daß in der künftigen einheitlichen Partei unser Wissen und Können sich durchsetzt, damit wird der Geist des revolutionären Sozialismus den Sieg des Proletariats herbeiführen. (Hierauf tritt die Mittagspause ein.)

*

Die Nachmittagssitzung

Genosse Dittmann eröffnet kurz nach 3 Uhr die Sitzung. Das Wort erhält der

Genosse Dißmann-Stuttgart.

Dieser stellt seinen Ausführungen den Satz voraus, daß eine Partei nur Mittel zum Zweck sei. Die USP., die sich während des Krieges zwangsläufig bildete, mußte Sammlerin aller sozialistischen Kräfte sein. Die verschiedenen Spaltungen durch die Kommunisten haben uns zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung furchtbar geschwächt. Trotzdem haben wir unsere Pflicht stets unerschütterlich getan. Die Beschlüsse der Reichskonferenz konnten wir nicht billigen.

Jetzt aber gehen wir nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, als den der Wiedervereinigung.

Es ist möglich, daß ein Teil unserer Genossen glaubt, diesen Prozeß nicht mitmachen zu können. In leidenschaftlichen Worten beschwört Dißmann die Genossen Ledebour und Rosenfeld, in letzter Minute noch einmal ernstlich alles zu prüfen.

Wir müssen gemeinsam bleiben.

Es ist bitter, zu wissen, daß wieder einmal ein Teil gegen uns kämpfen wird, von dem wir sagen, wir sind ihm so sehr verwandt. **Die, die ihr nicht mitmachen wollt, ihr schwächt uns.** In der neuen Partei muß unser Wille die möglichste Kraftentfaltung auslösen. Darum müßt ihr mitarbeiten, ruft er den Genossen Ledebour und seinen Freunden zu. Auf uns selbst müssen wir uns zu jeder Zeit verlassen. Aufrecht und stolz gehen wir in die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir wissen, es muß die Einigung aller Arbeiter folgen. Wenn das Wohl des Proletariats es verlangt, wollen wir selbst kommunistische Führer schlucken. Unsere grundsätzliche Auffassung nehmen wir mit in die neue Partei. Sie soll unser Wegweiser sein. Im Aktionsprogramm ist manches zu beanstanden, u. a. der Passus über die Technische Nothilfe. Sollen alle proletarischen Elemente gesammelt werden, muß unsere künftige Politik den Klassenkampf zur Grundlage haben. Die Arbeiterschaft muß von der VSPD. angesichts der kommenden schweren Zeit, die uns sicherlich bald eine Krise der kommunistischen Politik bringen wird, die höchste Aktionsfähigkeit verlangt. Warum haben die Gewerkschaften von sich aus nicht längst einen Betriebsrätekongreß einberufen, um einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Muß man immer den Kommunisten billige Agitationsmöglichkeit geben? Nein, eigene Initiative ist notwendig. Zum Schluß wendet sich Dißmann, dessen Darlegungen öfters durch stürmische Zustimmungen unterbrochen wurden, an die Genossen Ledebour, Rosenfeld usw.

Bildet keine kleine Gruppen,

sondern kommt mit uns. Die oppositionellen Arbeiter der SPD. werden uns freudig begrüßen. Die USPD. muß als neue Partei den Kampfweg des revolutionären Sozialismus gehen. Durch Sturm und Not vorwärts. Dann müssen wir siegen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Zubeil hat aus den Reden der ausländischen Gäste den Eindruck gewonnen, daß sie pessimistisch der Wiedervereinigung gegenüberstehen. Die Einigungsverhandlungen kamen zu schnell. Genosse Zubeil fürchtet, daß die SPD. ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit ausnutzen wird, um gegen unseren Willen ihre Politik weiter fortzuführen. Es würde ihm furchtbar schwer, alles das Furchtbare, was wir erlebt hätten, zu vergessen.

Aber er würde nicht zurückbleiben.

Er würde alle seine Kräfte zusammenfassen, um weiter seine Pflicht zu tun. Wir dürfen nicht wieder von neuem anfangen, wir müssen zähe und ausdauernd weiter bauen, da, wo wir jetzt stehen. Die Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. **Gehen wir mit. Erfüllen wir unsere Pflicht als revolutionäre Arbeiter.** (Lebhafter Beifall.)

Genossin Sender-Frankfurt begründet eine Entschließung von 93 Genossen. Wir hofften auf Einigung im Feuer des Kampfes. In einer Neuwahl des Reichstages hätte sich die Annäherung viel besser vollzogen. Wir dürfen nicht vergessen, auch nach der Einigung die Heranziehung der Kommunisten zur großen Partei zu erstreben. (Zurufe: Selbstverständlich!) Das Aktionsprogramm befriedigt nicht, weil die **Frage der Koalitionspolitik** darin nicht geklärt wurde.

Wir gehen in die geeinte Partei,

aber nur, um in unserem Geist für das Proletariat weiter zu arbeiten.

Genosse Dr. Breitscheid: Wir treiben keine Konjunkturpolitik. Wir haben auch nicht die Sünden der SPD. vergessen. Wir stehen treu zur Politik, die wir betrieben haben. Glaubt Ledebour, daß er einen Einfluß auf die großen proletarischen Massen ausüben kann, wenn er sich jetzt von uns trennt und eine Sekte gründet? Die Methoden der SPD. gefallen uns vielleicht nicht. Aber sie ist eine Partei der Massen des Proletariats und damit des Sozialismus. Stinnes hat sich der Außenpolitik bemächtigt und schafft die Möglichkeit weiterer Verständigung zwischen den Völkern. Diesen Weg müssen wir und nicht er vollenden. Wenn in Augsburg gesagt worden ist, das Görlitzer Programm stehe der Einigung nicht im Wege, dann können wir sagen: das Leipziger Manifest wird der Einigung ebenso wenig im Wege sein. (Langanhaltender Beifall.)

Genosse A. Stein-Berlin: Halle war eine Tragödie, war ein Dolchstoß gegen die Arbeiter, eine Wiederholung durch Ledebour würde zur Komödie werden. Von einem Aufgehen der USP. in der SPD. kann keine Rede sein. Es gehen beide Teile einiges auf. Auch international wird eine Brücke geschlagen werden. Wir kehren nicht reuig zur SPD. zurück, sondern wir können uns mit Stolz als die Exponenten des Klassenkampfes betrachten und tragen unseren Geist in die neue Partei. Die Resolution der 93, wie man auch zu ihrem Inhalt steht, müssen wir ablehnen, weil die Koalitionsfrage in unserer Partei selbst nicht einmütig beurteilt wird. **Kleinmut bei der Einigung ist überflüssig, wenn wir alle auf dem Posten sind.** (Beifall.)

Genosse Rosenfeld spricht alsdann gegen die Wiedervereinigung. Eine tiefe Kluft trenne die Vertreter des reformistischen und revolutionären Sozialismus. Somit kann die Wiedervereinigung keine Stärkung der Aktionskraft des Proletariats bedeuten. Die Aenderung der Verhältnisse durch den Rathenaumord war nicht so bedeutend, daß wir unsere Taktik zu ändern brauchten. Ledebours Analyse des Verhaltens der SPD. ist zu unterstreichen. Wir können kein Vertrauen zu ihr haben. Wir fürchten die kommende Stinneskoalition im Reich. Ueber alle Fragen muß jetzt noch Klarheit geschaffen werden. Ausweichen ist nicht am Platze. Die meisten Formulierungen des Aktionsprogramms und die organisatorischen Bedingungen sind ungenügend. Mit der KPD. können wir solange nicht zusammengehen, wie sie die 21 Bedingungen anerkennt. Das Verhalten der KPD., besonders in Sachsen und Thüringen, war ein Verbrechen, ihr Handeln zu oft Versündigung an der Arbeiterklasse.

International wird durch die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien praktisch die zweite Internationale gestützt. Wir warnen vor der Wiedervereinigung, weil wir den revolutionären Sozialismus retten wollen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Genosse **Dr. Braunthal** betont, daß er seit mehr als einem Jahre die Einigung der sozialistischen Parteien befürwortet habe. Er gehe aber nicht mit leichtsinniger Begeisterung in die neue Partei. Es ist ein Fehler, die Einigung mit Resolutionen zu belasten. Man soll sich nicht festlegen auf Sätze, die in der Vergangenheit geprägt sind. Unsere Taktik muß sich den Verhältnissen anpassen können. Der große Gesichtspunkt ist:

Die Einigung ist notwendig,

weil die Gefahren für die Arbeiterklasse groß sind. Wir vergessen nicht die Politik der SPD. während des Krieges und der Revolution, gehen auch nicht als reuige Sünder zur VSPD., sondern wir sind stolz auf unsere Politik. Wir vereinigen uns, um dem revolutionären Sozialismus die Bahn zu ebnen und unseren Geist in die Massen zu bringen. **Sekten können nie dem revolutionären Sozialismus dienen. Auch durch die außenpolitischen Gefahren wird die Einigung zum Gebot der Stunde.** (Stürmischer Beifall).

Genosse Ledebour ersucht zur Geschäftsordnung, die Debatte nicht zu schließen, sondern auf Samstag zu vertagen.

Genosse Simon-Nürnberg bittet, die Debatte zu schließen, da eine Aenderung der Auffassung wohl nicht mehr erfolgen wird.

Die Abstimmung ergibt **Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit.**

Die Samstagverhandlungen beginnen um 7½ Uhr.

Die Resolution der Genossen Dißmann und Ledebour finden unsere Leser auf der 1. Seite (Beilage).

*

Wahlvorschläge des Parteitages

1 Vorsitzender Genosse Crispien, 1 Kassierer Genosse Ludwig, 1 Sekretär Genosse Dittmann, 4 Beisitzer die Genossen Hilferding, Künstler, Moses und die Genossin Remitz. Parteirat 10 Genossen, Berten, Dißmann, Donalis, Henke, Knauf, Peters, Sander-Dresden, Seger-Leipzig, Sender, Simon-Nürnberg. Kontrollkommission 4 Mitglieder, Agnes-Düsseldorf, Bock-Gotha, Karsten-Peine, Wengels-Berlin. Organisationskommission: Fuchs, Güth, Krille, Lipinski-Dresden, Schwarz-Mannheim, Unterleitner, Zollig-Düsseldorf. Programmkommission: Kautsky, Seger, Sender, Crispien, Dittmann, Henke, Hilferding.

Die Zentralleitung beantragt, als Delegierte zum Nürnberger Einigungsparteitag zu wählen: 10 Delegierte der Reichstagsfraktion, 7 Mitglieder der Kontrollkommission, 9 Mitglieder des Parteirates, 9 Mitglieder der Zentralleitung und 103 Vertreter der Bezirke.

Erklärung

Arthur Zickler bittet uns anläßlich der gestrigen Rede Ledebours in Gera um Aufnahme folgender Erklärung:

1. Das von Ledebour in seiner Polemik herangezogene Gedicht „Das Totenhaus" aus den Januartagen wurde ohne Kenntnis eines anderen Mitgliedes der damaligen Vorwärtsredaktion von mir in Satz gegeben und umbrochen. Die Verantwortung für die Veröffentlichung trifft also ausschließlich mich.

2. Das Gedicht enthält nicht die Aufforderung zur Ermordung der beiden Führer und ist auch von niemand in dieser Weise aufgefaßt worden. Eine derartige Deutung wurde vielmehr erst nach Monaten von Herrn Franz Pfempfert erfunden. **Der Vorwurf der Verantwortung für den Januarputsch und der Feigheit, den das Gedicht tatsächlich enthält, wurde sofort nach Bekanntwerden entgegenstehender Feststellungen von mir öffentlich und mit Bedauern zurück genommen.** (Was wir nur bestätigen können D. Red. d. „Freiheit".)

3. **Zum sogenannten „Noske-Kurs" habe ich mich von Anfang an im schärfsten sachlichen Gegensatz befunden, den ich öffentlich vertreten habe.**

4. Ich gehöre der Redaktion des „Vorwärts" seit langem nicht mehr an.

Arthur Zickler.

SPD.-Parteitag über Justizreform

Die Schlußtagung in Augsburg

(Eigenbericht der „Freiheit")

Augsburg, 22. September.

N. **Der Höhepunkt der Schlußtagung des Augsburger Parteitages war zweifellos die Behandlung der Justizreform.** Nach einem fleißig ausgearbeiteten **Referat des Landtagsabgeordneten Saenger ergriff der Reichsjustizminister Radbruch das Wort.** Radbruch gehört zu den feinsten und wertvollsten Köpfen der SPD. In wunderbar klarer und durchsichtiger Weise entwickelte er das Arbeitsprogramm, das er zum Teil schon verwirklicht, und das er im Laufe der nächsten Zeit noch vollends in die Tat umsetzen will. Es ist fast kein Gebiet der Rechtspflege, auf dem Radbruch nicht zu reformieren gedenkt. Strafrechtspflege, Strafvollzug, Gerichtsverfassung, bürgerliches Recht, Strafprozeß faßte Radbruch ins Auge. Er fand freudige Zustimmung des Parteitages. In der Frage der Arbeitsgerichte kommt es zu einigen Meinungsverschiedenheiten. Saenger und Radbruch sind für die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte. Die Gewerkschaften lassen durch Müller-Lichtenberg gegen diesen Plan Einspruch erheben. — Eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt Groetzsch, indem er den Skandal von Niederschönenfeld anschnitt. Er protestierte gegen die Handlungen, denen bayerische Festungsgefangene ausgesetzt sind und erinnerte demgegenüber an das Herrenleben des Grafen Arco in Landsberg. Saenger stimmte dem Protest gegen die Schande von Niederschönenfeld uneingeschränkt zu. In seinem Nachwort behandelt er die Frage der Feldgerichte. Er schildert die Ungeheuerlichkeit dieser Justizeinrichtung, die kein Rechtsmittel und kein Wiederaufnahmeverfahren kennt. Seinem Appell an den Justizminister, diese skandalösen Gerichte zu beseitigen, stimmte der Parteitag zu.

Bei den Vorstandswahlen fällt es auf, daß Adolf Braun unter allen Vorstandsmitgliedern die geringste Stimmenzahl auf sich vereinigte. Nachdem noch eine Protestresolution gegen die Ausweisung der Redakteure der „Freien Volksstimme" aus dem Saargebiet durch die Saarregierung einstimmig angenommen worden war, ergriff Wels das Wort, um den Dank des Parteitages den Augsburger Arbeitern auszusprechen. Seine Rede spann sich aus zu einem Aufruf, mit Begeisterung an die Lösung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben heranzutreten, die der Arbeiterschaft gestellt sind. Er erinnert an das große Wort, daß der Fortschritt dort beginne, wo das Reden aufhöre. Die beschlossene Einigung sei der Fortschritt. Mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf den Sozialismus und dem Gesang der Internationale schloß der Parteitag.

*

5. Verhandlungstag

Augsburg, 22. September. (Eigener Drahtbericht.)

Vorsitzender **Simon** eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr und teilt mit, daß zwei Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Georgiens gekommen seien. Er verliest eine

Erklärung

der beiden Vertreter, in der es heißt: Die militärische Okkupation Georgiens durch die Sowjettruppen dauert fort. Diese Besetzung bedeutet bei uns die Reaktion. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens wird gehetzt von allen Hunden. In den Gefängnissen Georgiens schmachten 10—11 000 Arbeiter. (Pfui!) Die Arbeiterjugend schmachtet ebenfalls in den Gefängnissen. (Hört, hört!) Wir überbringen die Grüße von dreitausend eingekerkerten Arbeitern. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend, der Sozialismus wird auch bei uns zum Siege kommen! (Beifall.)

Nunmehr wird die **Diskussion über das Referat** der Genossin Reitze-Hamburg fortgesetzt. Ein Antrag dazu vom **Bezirk Berlin**, der die Reform des Eherechts, der Schulgesetzgebung und des Lehrlingswesens verlangt, wird angenommen.

Darauf nimmt der Parteitag das Referat des Rechtsanwalts **Sänger-München** entgegen über

Sozialdemokratie und Justizreform

Die Quintessenz seiner Ausführungen legt der Referent dem Parteitag in folgenden

Richtlinien zur Justizreform

vor:

„Justizreformen waren in Deutschland seit Jahrzehnten allgemein als notwendig anerkannt; sie zu schaffen, wurde im Kaiserreich unterlassen. Durch die weltgeschichtlichen Geschehnisse unserer Zeit sind Reformen im Recht, das nur der Ueberbau über Staat und Gesellschaft ist, besonders notwendig geworden.

Die Richtlinien der Reformen sind:

1. **Politisch durch die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches und seiner Länder.**
2. **Wirtschaftspolitisch durch die Erkenntnis, daß die Arbeit der Quelle jeglicher Wohlfahrt und des Glückes der Gesamtheit ist.**
3. **Ethisch durch den in der sozialistischen Weltbewegung der arbeitenden Massen neu erstandenen Grundsatz der solidarischen Gemeinschaft aller schaffenden Menschen und des Gemeinsinnes, der über den Interessen des einzelnen steht und dadurch der Schützer eben jedes einzelnen wird.**

Entsprechend der fortschreitenden Erkenntnis, daß die Arbeit des schaffenden Volkes die Grundlage des gesellschaftlichen und persönlichen Daseins ist, ist

das Arbeitsrecht

in einem umfassenden Gesetzeswerk festzulegen.

Die Verwirklichung der aus der Arbeit hervorgehenden Rechte und Pflichten geschieht vor einem als staatliches Sondergericht den ordentlichen Gerichten angeschlossenen Arbeitsgericht, das die erprobten Vorzüge der Kaufmanns- und Gewerbegerichte in sich aufnimmt. Laien sind auch in den höheren Instanzen bei den ordentlichen Gerichten zuzustehen.

Weiter ist zunächst zu fordern:

Erhöhter Mieterschutz, Gleichstellung von Mann und Frau im Rechtsleben, Aenderung des Ehescheidungsrechts im Interesse von Ehe und Familie und entsprechend den Geboten der Wahrhaftigkeit, Schutz des Kindes und der Mutter in der Erkenntnis, daß Mutterschaft und Kindheit ohne Rücksicht auf die gesetzliche Form der Eheschließung stets ein heiliges Gut sind, Erweiterung des Erbrechts zugunsten der Gesamtheit, Vereinfachung der Rechtsverfolgung, vor allem durch Einführung eines Güteverfahrens im Prozeß gegen Vollstreckungsverfahren.

Das Verbrechen als soziale Krankheit hängt auf das innigste mit den gesellschaftlichen Zuständen eines Zeitalters zusammen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung muß in ihrer Geringschätzung der Arbeitenden und der einzelnen Persönlichkeit, in ihrem Massenelend auf der einen, dem Massenluxus einiger weniger auf der anderen Seite eine Quelle ungezählter Straftaten werden. Die Kriminalität des Kapitalismus wird wesentlich dadurch erhöht, daß die Bekämpfung des Verbrechens nach von der Wissenschaft längst widerlegten Dogmen in eine positive Förderung des Verbrechens umschlug.

Die Reform des Strafrechts

kann nur unter dem Gesichtspunkte: „Schutz der Gesellschaft" vorsichgehen. Das Ziel der Reform kann nur sein, Besserungsfähige zu bessern, den Unverbesserlichen vor sich selbst und die Gesamtheit vor ihm dauernd zu schützen. Nach diesen Richtlinien ist an die Aenderung der einzelnen Verbrechentatbestände zu gehen.

Im Strafprozeß ist der Laie unter Sicherung seiner freien Abstimmung zur Rechtsprechung bei allen Gerichten der ersten und zweiten Instanz heranzuziehen.

Das gesamte Verfahren des Strafprozesses ist in dem Sinne zu reformieren, daß der Angeschuldigte eine dem Staatsanwalt vollkommen gleiche Parteistellung erhält, daß die Reste des Inquisitionsprozesses restlos beseitigt, daß der Richter nur zur urteilenden Tätigkeit, zur Hauptverhandlung berufen wird.

Das notwendige Vertrauen in die richterliche Tätigkeit hängt vor allem von der Ergänzung der Richterschaft durch Angehörige der unteren sozialen Klassen der Gesellschaft ab."

Diskussion

Frau **Pfülf-München:** Unter den Kriminalfällen sind 14 Prozent der höheren Berufsklassen, 24 Prozent gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen und die übrigen Prozentsätze machen die ungelernten Arbeiter aus. Die Frauen dürfen nicht gezwungen werden, die Ehe als bequeme Versorgungsstätte anzusehen.

Dr. Radbruch (Reichsjustizminister):

Die wichtigste Aufgabe, die wir vor uns haben, ist die Neuordnung der Strafgerichte in dreifacher Richtung: **Einführung der längst geforderten Berufung der Strafkammer, Durchführung der freien Beteiligung, auch in hohen Instanzen, Schaffung von rechtlichen Garantien dafür, daß wirklich aus allen Volkskreisen Laien auf die Richterbank gelangen.** Ein solcher Gesetzentwurf liegt dem Reichstage bereits vor und wurde auch veröffentlicht. Die schleunige Erledigung dieses Entwurfes erscheint mir um so wichtiger, als von der bayerischen Regierung mir zugesagt wurde, daß die Volksgerichte mit der Schaffung dieses Gesetzes endlich beseitigt werden sollen. Damit beginnt aber für die Partei ein wichtige Neuaufgabe.

Die Beteiligung von Laien am Richteramt

wird vollkommen wirkungslos sein, wenn wir nicht Laienschulen bauen, wir nicht Kurse für Schöffen haben. (Sehr richtig!) Die ganze Neuordnung würde weiter auf Sand gebaut sein, wenn nicht die Frage der Entschädigung der Schöffen genügend in Anpassung an die Geldentwertung geregelt wird. (Zustimmung.)

Auf dem Gebiete des Strafverfahrens haben wir noch zwei weitere Gesetze in Vorbereitung, eines betrifft das **Jugendgericht,** das die Heranziehung der Strafmündigkeit vorsieht, und die **freie Wahl des Richters.** Längst verwaltungsmäßig eingeführte Jugendgerichte sollen endlich eine gesetzliche Grundlage erhalten. Dieses Gesetz ist dem Reichstag bereits zugegangen. Schließlich haben uns die bitteren Erfahrungen, die wir im Falle der Auslieferung der Dato-Mörder gemacht haben, veranlaßt, schleunigst die Schaffung eines deutschen Auslieferungsgesetzes in Angriff zu nehmen.

Seit 20 Jahren schwebt die deutsche Strafrechtsreform. Jetzt endlich ist es uns gelungen, einen Entwurf zum Abschluß zu bringen, der vor wenigen Tagen dem Reichskabinett zur Beschlußfassung zugegangen ist. Dieser Entwurf weist gegenüber dem letzten Entwurf vom Jahre 1909 ganz wesentliche Aenderungen auf. Es ist zunächst einmal Gewicht gelegt auf

die Mitarbeit Oesterreichs.

Oesterreich hat sich an der Ausarbeitung unseres Strafgesetzbuches beteiligt und es besteht Aussicht, daß wir als ersten Schritt zur deutschösterreichischen Rechtsangleichung ein gemeinsames deutschösterreichisches Strafgesetzbuch machen würden. (Lebhafter Beifall.) Sodann aber wurde der Entwurf ausgearbeitet nach dem Gebot der sozialen Besserung und des sozialen Kurses. Es gibt

im Entwurf nur noch Geld- und Freiheitsstrafen.

Verschwunden sind die Ehrenstrafen und diejenige Freiheitsstrafe, die schon in ihrem bloßen Namen die Ehrenrührigkeit an sich trägt, nämlich die Zuchthausstrafe. **Verschwunden** ist die Todesstrafe. (Bravo!) Sobald dieser Entwurf dem Reichstag zugeht, wird er auch der Oeffentlichkeit übergeben. Wenigstens drei Punkte daraus will ich aber erwähnen, weil sie hier den Gegenstand eines Antrages gebildet haben. Die Reform wird enthalten zunächst eine

starke Milderung der Abtreibungsstrafe.

2. die Beseitigung des Steuerstrafrechts.

3. ist ein besonderer Abschnitt der Bekämpfung des Rauschgiftes gewidmet (Bravo!) Eine andere Reform erschien als besonders dringend; das ist zunächst

die Erleichterung der Ehescheidung.

Drittens muß die Frage des Erbrechts gelöst werden. Es gilt das unbeschränkte Verwandtenerbrecht einzuschränken. Es gilt, das Zufallserbrecht lächelnder Erben zu beseitigen. (Sehr richtig!) Für uns ist diese Frage keine fiskalische, sondern eine moralische. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Mittelpunkt der Reform des Zivilprozeßrechtes gilt es, die

Einführung des obligatorischen Güteverfahrens

durchzusetzen, an dem auch die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen ihren Anteil haben müssen. (Sehr gut.)

Ich erwähnte, daß gerade vom Arbeitsgericht die Gesundung unserer Justiz den Ausgang nimmt. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die jetzigen Zusammenhänge der Justiz mit den Arbeitsgerichten aufgelöst werden.

Die Ausgestaltung des Arbeitsgerichtes als Sondergericht ermöglicht auch, daß das Arbeitsgericht nicht lediglich mit ordentlichen Richtern, sondern auch mit anderen Persönlichkeiten, etwa mit Rechtsanwälten besetzt wird. Es ist dringend notwendig, daß in die künftigen Bestimmungen über die Ausbildung der Juristen der Gedanke Eingang findet, daß jeder Jurist möglichst einen Teil seiner Ausbildung bei irgendeiner Arbeitsbehörde machen muß.

Nachmittagssitzung

Vorsitzender **Wels** eröffnet gegen 8½ Uhr die Sitzung.

Nach kurzer Diskussion und einem Schlußwort des Referenten Saenger werden die Justizreform-Linien angenommen.

Dann erstattete Dr. Grotjahn

den Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm:

Im alten Erfurter Programm spielte die Gesundheitsfrage nur eine untergeordnete Rolle. Heute zwingt uns aber die schwere gesundheitliche Zerrüttung, die der Krieg und die Teuerung gebracht hat, auch zu den gesundheitlichen Fragen eine klare Stellung einzunehmen. Im Erfurter Programm wurde lediglich die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe und der Heilmittel gefordert. Aber die Unentgeltlichkeit ist keineswegs ein zureichendes Mittel. An die Stelle der Forderung der Unentgeltlichkeit muß die Forderung der Sozialisierung des gesamten Heilwesens treten. Es muß eine bessere Verteilung der Zahl der Aerzte auf Stadt und Land Platz greifen. Es gibt manche gesundheitliche Fragen, die nicht in ein Parteiprogramm gehören, solange sie nicht wissenschaftlich geklärt sind, wie Alkohol, Prostitution usw., aber man kann sie im Sinne einer sozialistischen Auffassung mit besprechen.

Es folgt dann die Diskussion.

In der Abstimmung wird die vom Sachverständigen-Ausschuß beantragte

Entschließung

einstimmig angenommen. In dieser Entschließung heißt es:

„Im Görlitzer Programm der Sozialdemokratie ist folgender, die Gesundheitsfrage umfassender Absatz über Gesundheitspflege einzufügen: „Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksangehörigen. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienender Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der Aerzte, Hebeammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchgreifende Gewerbe-Hygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Irren- und Minderwertigen-Fürsorge. Sorgfältiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Gipfelung des gesamten Gesundheitsdienstes in ein Reichszentralbehörde für Volksgesundheit, soziale Versicherungs- und Bevölkerungspolitik."

Der Bericht der Beschwerdekommission erstattete Bubnitz-Görlitz.

Darauf gibt Genosse **Wels** das Resultat der

Wahlen zum Parteivorstand

und der Kontrollkommission bekannt. Es sind gewählt worden: Zu Vorsitzenden Hermann Müller mit 322 Stimmen und Otto Wels mit 312 Stimmen, zu Kassierern Friedrich Bartels mit 322, Otto Heinrich mit 321 Stimmen, zu Sekretären Dr. Adolf Braun mit 259, Frau Juchacz mit 318, Franz Krüger mit 309, Hermann Molkenbuhr mit 324 und Wilhelm Pfannkuch mit 324 Stimmen, zu Beisitzern Richard Fischer mit 321, Otto Frank mit 318, Karl Gilbebrandt mit 316, Adolf Ritter mit 313, Elfriede Ryneck mit 318 und Heinrich Schulz mit 316 Stimmen. — Für die Wahl zur Kontrollkommission wurden 319 Stimmen abgegeben, wovon 21 ungültig waren. Es wurden gewählt Bren-Hannover mit 283, Löbe-Breslau mit 221, Brühne-Frankfurt a. M. 216 Stimmen, Benasbach-Köln mit 209, Anna Lichtenberg mit 158, Schönfelder-Hamburg mit 163, Fischer-Stuttgart mit 134 und Treu-Nürnberg mit 123 Stimmen.

Der Schluß des Parteitages

Damit ist die Tagesordnung des Parteitages erledigt. Vorsitzender **Wels** hält nun das Schlußwort. Er dankt zunächst unter lebhafter Zustimmung des ganzen Parteitages den Augsburger Parteigenossen und dem Komitee und fährt dann fort:

Der Ernst und die Sachlichkeit der Debatte haben gezeigt, daß sich die Partei der Größe der Verantwortung bewußt ist, die ihr auferlegt ist. Wir müssen uns an die Worte Eduard Bernsteins halten, daß wir mit Begeisterung überall unsere Arbeit vollbringen müssen. Der Höhepunkt des Parteitages drückte sich in der einmütigen Forderung aus:

Schutz der Republik!

Die Republik ist das, was uns von den Errungenschaften der Revolution das Höchste ist. Auf dem Boden der Republik ist es uns durch Agitation und Organisationstätigkeit möglich, den Staat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu beherrschen. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Es ist ein Fortschritt, wenn man aufhört, über etwas zu reden. Auch die Parteigenossen waren der Ueberzeugung, daß die Notwendigkeit zur Einigung so stark ist, daß darüber nicht mehr geredet werden dürfe. **Auch die geeinte Partei hat ungeahnte Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen nach Nürnberg mitbringen die frische Sachlichkeit und den freundschaftlichen Geist, der uns begleitet hat und den wir weiter pflegen wollen.**

Was vor uns steht, ist

ein Winter der Not,

ein Winter ohne Kohle, ohne genügende Kleider und Schuhe, ohne Fleisch und mit überteurem Brot. Er wird die schwerste Belastungsprobe für unser Volk, für den Staat, für unsere Partei bringen. (Zustimmung.) Wir werden fest sein müssen, um das alles zu überstehen. Wir werden den Besitzenden unerbittlich die Volkssolidarität entgegenstellen müssen. Denn es wäre unerträglich, wenn der eine schlemmt und der andere hungert, und der Schlemmer noch obendrein sich als guter Deutscher zu brüsten in der Lage wäre. (Lebhafte Zustimmung.) **Wir werden hinausziehen und alle Enterbten sammeln zum gemeinsamen Kampfe gegen ihre Unterdrücker, sammeln unter dem roten Hammer der Menschheit, das bald wieder wehen möge über der geschlossenen Partei aller derer, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, dem Sozialismus gehört die Welt! Stimmen Sie in diesem Sinn mit mir ein in den Ruf: Es lebe die einige, die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!**

Die Delegierten stimmten in das Hoch auf die Sozialdemokratie mit der größten Begeisterung ein.

Vorsitzender Wels schloß um 5 Uhr den Parteitag.

Die Delegierten sangen dann das Lied: „Auf, Sozialisten, schließt die Reih'n!"

Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge. Nach einer Bekanntmachung des Landesfinanzamtes Groß-Berlin in der vorliegenden Ausgabe im Inseratenteil wird der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn für den Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab anderweit festgesetzt.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr
Der Verschwender

Staats-Theater.
Opernhaus
abends 7½ Uhr
Der flieg. Holländer

Schauspielhaus
abends 7 Uhr
Maria Stuart

Neues Volkstheater
abends 7½ Uhr
Der Engländer Satyros

Deutsches Theater
8 Uhr
Das Glas Wasser

Kammerspiele
7½ Uhr
Der Schleier der Pierrette

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr
Orpheus i. d. Unterwelt

Rotter-Bühnen
Täglich 7 Uhr:
Residenz-Theater
Lady Windermeres Fächer
Täglich 8 Uhr

Trianon-Theater
Lissi

Kleines Theater
Totentanz

Theater in der Königgrätzer Str.
8: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
Karussell
8: Maria Orska

Berliner Theater
7½: Madame
Pompadour
Fritzi Massary a. G.
[illegible]

Kasino-Theater.
Die Berliner Posse
Lämmelmanns Bummelfahrt.

Intimes Theater
Direktion: Gustav Heppner.
Täglich 8 Uhr:
Die badende Nymphe.
Lauf doch nicht immer nackt herum.
Die Peitsche und . . . !
Besuch im Bett.

Theater des Ostens
7¾ Uhr:
Die Liebesprobe

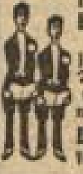
Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Zum 25. Male:
Dein Mund

Wallner-Theater.
Täglich 8 Uhr:
D. keusche Lebemann
mit Guido Thielscher

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Die Kino-Königin

Neues Theat. a. Zoo
7½ Uhr:
„Dorine u. d. Zufall"

Komische Oper
Täglich 7½ Uhr:
Europa spricht davon



Theater am Kottbuser Tor
jed. Abend 7½ Uhr:
u. Sonntag nachm. 3 U.
Ellis-Sänger
Volkspreise!

Brunnenstr. [illegible]
7½ Uhr:
Internat. Varieté!

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. 3 U.
Meister Bellini ein Genie!
15 Circus-Sensat.
Stg. nachm. 1 Kind frei
Vorverkauf Wertheim u. Circus.

Färberei Nord-West
reinigt u. färbt in 3—5 Tagen
Expreß in 24 Stunden.
Fabrik- u. Annahme Alt-Moabit 60
Telefon: Hansa 1076
Annahmestellen:
Schönh. Allee 176 Gotzkowskystr. 13
Augsburger Str. 32 Uhlandstr. 74
Suarezstr. 12 Küstriner Straße 22
Eisenacher Straße 89

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsankuren, Blutuntersuch.
Dr. med. Lemmer, Ambulatorium, Mannesdw., Damen separ. 10-1, 4-7½, Sonnt. 10-12
Brunnenstr. 185 zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße.

Metzner
Kinderwagen-Welthaus
Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Grösste Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz, Brunnenstr. 95, Bensselstr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstrasse 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Soeben erschienen!
Walter Eschbach:
Proletarisches Kinderelend
Geleitwort von
Luise Zietz
Mit 17 Bildern nach Photographien
Preis 50.— Mark
Buchhandlung Freiheit, Berlin SW. / Urbanstrasse 7

Bekanntmachung.

In der Abänderung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1922 wird der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn für den Bezirk des Landesfinanzamtes Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab, wie folgt, anderweit festgesetzt:

1.

A) Freie Station (Wohnung einschließlich Heizung und Beleuchtung sowie Beköstigung und Wäsche).

	täglich Mk.	wöchentlich Mk.	monatlich Mk.	jährlich Mk.
a) Für Personen, die der Angestelltenversicherung (§1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. September 1921 RGBl. S. 289) unterliegen, z. B. Lehrer, Erzieher, Betriebsbeamte (Werkmeister, Techniker, Kontrolleure), Handlungsgehilfen, häusliche Angestellte höherer Art, freie Schwestern, Aerzte, Apotheker, Künstler, landwirtschaftliche Beamte usw. auf	60.—	420.—	1800.—	21 600.—
b) Für Arbeiter und sonstige Angestellte, Hausdiener, Wagenführer, Schaffner, männliche und weibliche Hausangestellte (auch Knechte und Mägde auf dem Lande) usw. auf	50.—	350.—	1500.—	18 000.—
c) Für jugendliche Arbeiter (Laufjungen, Portierjungen, Lehrlinge, Lehrmädchen) usw. auf	40.—	280.—	1200.—	14 400.—

B) Wird volle freie Station nicht gewährt, so treten an Stelle der genannten Gesamtsätze folgende Einzelsätze für den Tag:

	zu a)	zu b)	zu c)
1. Freie Wohnung	3.— M.	3.— M.	2.— M.
2. Heizung und Beleuchtung	3.— „	3.— „	3.— „
3. Frühkaffee	6.— „	5.— „	3.50 „
4. Frühstück	7.— „	6.— „	5.— „
5. Mittagessen	21.— „	18.— „	15.— „
6. Vesper	7.— „	5.— „	3.50 „
7. Abendbrot	13.— „	10.— „	8.— „
zusammen	60.— M.	50.— M.	40.— M.

C) Dienstkleidung

	monatlich	jährlich
1. Für die unter 1 A a) fallenden Personen	650.— M.	7800.— M.
2. Für die unter 1 A b) fallenden Personen	500.— „	6000.— „
3. Für die unter 1 A c) fallenden Personen	337.50 „	4050.— „

Soweit als Dienstbekleidung nicht ein voller Dienstanzug gewährt wird, tritt eine Ermäßigung der Sätze um die Hälfte ein.

2.

Für die Naturalempfänger auf dem platten Lande
werden folgende Sätze festgestellt:

A) Freie Wohnung

	täglich	monatlich	jährlich
1. Für Verheiratete	1.67 M.	35.— M.	420.— M.
2. Für Unverheiratete	0.67 „	20.— „	240.— „

B) Freie Heizung und Beleuchtung

	jährlich
1. Für Verheiratete	5000 M.
2. Für Unverheiratete	720 „
oder im einzelnen:	
a) ein rm. Hartholz	500.— M.
b) ein rm. Weichholz	300.— „
c) eine Fuhre Reisig (Busch)	100.— „
d) ein Zentner Steinkohlen	120.— „
e) ein Zentner Briketts	100.— „
f) 1000 Stück Torf	200.— „

C) Sonstige Deputate

1. Freies Kartoffelland (gedüngt und gepflügt bei mittlerem Boden) der Morgen jährlich	3600.— M.
2. Freies Futter (Sommer- und Winterfutter) für eine Kuh	5000.— „
3. Freie Sommerweide für eine Kuh	2000.— „
4. Freies Futter (Sommer- und Winterfutter) für ein Schaf	500.— „
5. Freies Lein- (Flachs-) Land, die Quadratrute (14,18 qm.)	15.— „
6. Roggen, Gerste, Hafer je Zentner (etwa doppelter Umlagepreis als Durchschnitt zwischen Umlage- und Marktpreis)	700.— „
7. Weizen je Zentner (wie zu 6)	800.— „
8. Erbsen je Zentner	2000.— „
9. Kartoffeln je Zentner	200.— „
10. Vollmilch je Liter	10.— „
11. Magermilch	4.— „

Soweit tariflich höhere Sätze als vorstehende festgesetzt sind, so sollen diese auch bei Berechnung des steuerbaren Einkommens für den Lohnabzug gelten.

Vorstehende Werte sind dem Steuerabzug vom 1. Oktober 1922 ab zugrunde zu legen. Sie gelten nur für den Steuerabzug. Erfolgt eine Veranlagung des steuerbaren Einkommens, so bleibt eine Nachprüfung der Bewertung der tatsächlichen Sachbezüge im Einzelfalle vorbehalten.

Berlin, den 11. September 1922.

Landesfinanzamt Groß-Berlin.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow

Außerordentliche Ausschußsitzung

am Sonnabend, den 30. September 1922, abends 7½ Uhr, im „Türkischen Zelt", Berlin-Pankow, Breitestraße 14. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden. 2. Verlesung des Berichts der letzten Sitzung. 3. Satzungsänderungen (Erhöhung der Grundlöhne pp.). 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden um pünktliches Erscheinen gebeten. — Ein Ausweis wird denselben noch zugestellt.

Der Vorstand
Otto Gütig, 1. Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Zu der am Freitag, den 29. September 1922, abends 6 Uhr im Kassenlokal, Münzstr. 24 II, stattfindenden

außerordentlichen Ausschuß-Sitzung

werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hiermit eingeladen. Tagesordnung: 1. Abänderung der §§ 18, 19, 24, 29, 30, 44 und 59 der Satzung. 2. Verschiedenes.

Berlin, 20. September 1922.

Der Vorstand.
M. Gutsche, Vorsitzender
F. Hemann, Schriftführer.

Zuckerine spart,
wer zum Süßen von Speisen, Getränken usw. sowie zur Bereitung von Kompotten oder zum Einkochen von Obst usw. Süßstoff verwendet.
Vorzüglich — billig — bekömmlich.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend

Am Freitag, den 29. September, nachmittags 5 Uhr, findet im Restaurant von Otto Ziege, Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 29 (Am Marktplatz) eine

außerordentliche Ausschußsitzung

statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Gesetz vom 12. 9. 1922 betreffend Erhöhung der Grundlöhne. 2. Einführung der Familienhilfe für die Familienangehörigen der Mitglieder und Satzungsänderungen. 3. Verschiedenes. — Die Herren Ausschußmitglieder erhalten noch eine besondere Einladung unter Beifügung der entsprechenden Vorlagen.

Adlershof, 22. September 1922.

Der Kassenvorstand
Max Knappe, Vorsitzender.

Achtung!

Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau.

Am Donnerstag, den 28. September, abends 7 Uhr, findet im „Vereinshaus Palme", Spandau, Ritterstraße 12, eine

außerord. Ausschuß-Sitzung

statt.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu dem Gesetz vom 12. 9. 1922, betreffend Erhöhung der Grundlöhne.
2. Satzungsänderung:
   a) § 1, betreffend Erstreckung des Kassenbezirks auch auf den Ortsteil Ruhleben;
   b) § 20, Erhöhung der Höchstgrenze für kleine Heilmittel;
   c) § 25, Erhöhung der Höchstgrenze für Heilmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung.
3. Zustimmung zu den Vereinbarungen betreffend die Auseinandersetzungen mit der Betriebskrankenkasse der vereinigten Siemens-Werke aus Anlaß des Uebertritts der Bau-Union zu unserer Kasse.
4. Verschiedenes.

Anfragen, welche eine Einsichtnahme in die Bücher oder Akten erforderlich machen, sind dem Vorstand mindestens drei Tage vor der Sitzung schriftlich mitzuteilen.

Die Herren Ausschußmitglieder erhalten noch eine besondere Einladung.

Der Vorst.nd.
G. Richter, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833-836

Achtung! Achtung!
Kesselschmiede (Stemmer).
Sonnabend, den 23. September, nachmittags 6 Uhr,
im Lokal von Sachse, Lindower Straße 26

Wichtige Versammlung

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Achtung! Vorzeichner. Achtung!
Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr,
im Lokal von Sachse, Lindower Straße 26

Wichtige Versammlung

aller Vorzeichner, die zur Kesselschmiedebranche gehören.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Montag, den 25. September, abends 6½ Uhr,

Branchen-Versammlung

aller Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen im Humboldt-Gymnasium, Gartenstraße 25.

Tagesordnung:
1. Das Arbeitsnachweis-Gesetz. Referent: Kollege Otto Ziska. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen unbedingt erforderlich.

Montag, den 25. September, abends 7 Uhr,

Branchen-Versammlung

sämtlicher Schnittarbeiter, Stanzer, Presser, Zuschneider und der zur Branche gehörigen Arbeiterinnen in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16/17.

Tagesordnung:
1. Der neue Rahmenvertrag.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 25. September, abends 7 Uhr,
im Verbandshaus, Linienstr. 83/85,

Versammlung

aller Betriebsräte der Hauptgruppe I, Untergruppen 1 und 2.

Tagesordnung
wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen
Rosenecke, Berlin O.,
Inhaber M. Ze.ske
Schreinerstr. 32 (Laden)
1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fahrgeldverg. Gr Absatzg. f. Händler.

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersach., Quecksilb., Stanniolpap. Zinn! Glühstrumpfasche kauft z. höchst. Pr. Edelmet.-Einkaufsst., Weberstr. 31

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspr. f. Pfandsch., Brillanten, Goldgegenst., Tepp., Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstr.

Metall ankaufsstelle **Osten** Frankfurter Weg [illegible]
zahlt Tagespreise f.
Kupfer, Messing, Blei Zink usw.

Möbel
Bar od. Teilzahlg.
Kulante Bedingungen.
Bürgerliche
Wohn. Einrichtg.
Bunte Küchen
Einzelne Möbel.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Straße 58
5 Min. v. Alexanderplatz
Filiale: Badstr. 47-48
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Für die Neufestsetzung der Miete unentbehrlich

Soeben ist erschienen:

Reichsmietengesetz
mit Kommentar und Ausführungsordnung

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Hertz, Mitglied des Reichstages

2. wesentlich erweiterte Auflage

Preis 30 Mark

Man bestelle sofort bei der

Buchhandlung „Freiheit"
G. m. b. H.
Berlin SW 61 • Urbanstraße 7

Sämtliche
Metalle
kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken
Schulzendorferstr. 2.

Gold, Silber, Platin
Zeitungen kg 10 Mk.
Flaschen bis 12 Mk.
kauft Schütt,
Kyffhäuserstrasse 5,
nahe Winterfeldpl.

Zeißfeldstecher
6- u. 8fach, kauft Händ.
H. Steckelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 136 Lützow 9099

Altmetalle
zahlt hohe Preise
Oberberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107

Zur Jugendweihe
geben wir unsern Kindern
INS LEBEN HINEIN
Von Gg. Engelbert Graf
•
Wieder vorrätig
•
Preis broschiert 40 Mark
•
Organisationen Preisermäßigung
•
BUCHHANDLUNG FREIHEIT
Berlin SW 61, Urbanstr. 7

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Stannenerregend! Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kinofafüchse! Bobelfüchse! Opossum! Wölfe! Skunkse! Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus, Warschauer Straße 7. Nur neue, keine Versatzwaren!

Zentral-Leihhaus. Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hochelegant. Anzügen, Ulstern, Smokings und Frackanzügen, Schlüpfern, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung halb umsonst! Massenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzvertrieb, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Leihhaus Pelz. Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe, Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert. Abonnenten 5 Proz. Rabatt.

Anzüge Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger, Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Möbel

Chaiselongues 1050, Metallbetten 1025, Patentmatratzen, Polsterauflagen Kinderbrahtbett, Meiße, Kaufs[illegible]str. 33a, Quergeb.

Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 54. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbel neu und gebraucht. Stube und Küche, 10 Teile 17000 M., nur solange Vorrat.

Patentmatratzen, Auflage • Matratzen, Chaiselongues, Umbausofas. Walter, Stargarder Straße 18.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner Wittstocker Straße 78.

Fahrradgummi! Riesenauswahl, allerbilligst. Schlaeve, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 80.

Metallabfälle, Edelmetallbruch, Quecksilber, Zahngebisse, Münzen, höchstzahlend Christionat, 30 Köpenicker Str. 30 (schrägüber Adalbertstraße).

Nähgarne, Sattlergarne, Säcke, jeden Posten kauft Möbelgeschäft Woldenberger Str. 2, Alexander 1857.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 30 a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Möbeleinkauf, Wirtschaften, Nachlässe, Klaviere, Teppiche. Woldenberger Str. 2, Alexander 1857.

Kanarienhähne Weibchen, Papageien, kauft zu höchsten Exportpreisen am 23. nachm., 24. und 25 9. vorm., Pehrke, Braunschweig, i. Fi Berlin NO 55, Wandelstr. 1 bei Schrock, Ringbhn. Weißensee, Straßenbahn 10, 60, 62, 162.

Möbeleinkauf! Meyer, Immanuelkirchstraße 25 (Alexander 231).

Verschiedenes

Schallplatten alte, zahlt 40 M. per Stück Badstr. 57, Brunnenstraße 25, Grünauer Straße 6, Reinickendorfer Str. 117, Schönhauser Allee 130, Weißensee: Berliner Allee 21, Michaelkirchstraße 19, Schweizer Musikhaus.

Rechts-Spezialist! für Miets- und Wohnungsrecht, (Beschlagnahme, Räumung, Höchstmiete.) Gerichtstraße 31, Nettelbeckplatz.

Weinberger Schuh-Fabrik **Brunnenstr. 25**
Detail-Verkauf von Damen- und Herren-Stiefeln und -Schuhen zu Fabrikpreisen

Parteitagsresolutionen zur Einigung

Resolution Dißmann-Stuttgart

und Genossen (es sind mittlerweile 107 Unterschriften) hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag der USPD. erklärt: Die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Parteien bedeutet nicht die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Er bekennt sich auch in dieser Stunde zu der Auffassung, daß nur die Politik, die kämpfend gegen die Bourgeoisie, die Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und entfaltet, die proletarische Klasse als solche einigt und ihrem Endziel entgegenführt. Er ist sich bewußt, daß allein diese Politik imstande ist, das hehre Ziel der bisherigen Politik der USP. — die Einigung aller proletarischen Parteien — zu erreichen.

In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Politik der Koalition mit bürgerlichen Parteien, wie sie bisher betrieben wurde, der Einigung der Arbeiterparteien, am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keine Vorteile, sondern Schaden gebracht hat, daß sie tiefe Enttäuschung in die Reihen der Proletarier gesät hat, und daß sie um geringer zeitweiliger Vorteile das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, erklären die Delegierten des Parteitages, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USP. und im Geist der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1922 wirken werden.“

•

Resolution Ledebour und Genossen

Das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die notwendige Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles ist die Einigung des klassenbewußten Proletariats für den revolutionären Klassenkampf. Durch ihn allein wird das Proletariat die Macht erobern. Unsere Partei erstrebt diese Einigung durch Herbeiführung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Aktionen aller Organisationen des klassenbewußten Proletariats, da erst aus solchen Aktionen auch die Gemeinsamkeit der revolutionären sozialistischen Beziehungen erwachsen kann. Ohne sie kein Zusammenschluß von Festigkeit, Dauer und Kampfkraft!

Die jetzt beantragte einseitige Verschmelzung unserer Partei mit der SPD., weit entfernt, diesem umfassenden Einigungsprozeß zu fördern, würde nur schädlich einwirken auf die Fortführung des proletarischen Emanzipationskampfes.

Denn die SPD. hat in der Vergangenheit die imperialistische Kriegspolitik unterstützt und die proletarische Revolution verraten. Sie verharrt heute noch auf dem Boden der Koalition mit bürgerlichen Parteien und versagt daher und muß versagen im Kampf gegen die Reaktion und Verelendung.

Die Instanzen der Partei haben unter dem Einfluß der Verschmelzungsbestrebungen bereits den Widerstand gegen die Koalitionspolitik aufgegeben und auf die Geltendmachung unserer eigenen revolutionären Forderungen auf das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats verzichtet, während gerade jetzt die höchste Verelendung das Proletariat zum entschlossenen revolutionären Handeln drängt.

Die organisatorischen Vereinbarungen, auf Grund deren die Einigung von SPD. und USPD. durchgeführt werden soll, zeigen, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht um ein Aufgehen dieser Parteien in einer neuen Partei handelt, sondern um einen Eintritt der USPD. in die SPD., noch dazu ohne Sicherungen für die Freiheit der Meinungsäußerung und für die Durchführung des Willens der Parteigenossenschaften.

Aus diesem Grunde verwirft der Parteitag die Verschmelzung mit der SPD. auf der Grundlage des vorgelegten Aktionsprogramms und der organisatorischen Verschmelzungsbedingungen. Da auch die Verschmelzung mit der KPD. nicht in Frage kommen kann, da sie in Abhängigkeit von den Zentralinstanzen der 3. Internationale nicht die geringste Freiheit des Handelns hat, erklärt der Parteitag es für notwendig, die USP. als selbstständige Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes aufrechtzuerhalten. Er verpflichtet die Parteigenossen, fortan in konsequenter Durchführung unserer historischen Mission mit um so größerer Energie zu wirken für die Einigung des gesamten Proletariats im revolutionären Klassenkampf, der uns den Sieg des Sozialismus verbürgt.

Der Gruß der Internationale

Die bevorstehende Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird von der ganzen Welt der Arbeit mit der lebhaftesten Anteilnahme verfolgt. Aus diesem Anlaß hat eine Reihe führender Genossen aus der internationalen sozialistischen Bewegung der „Freiheit“ und dem „Vorwärts“ Glückwünsche übersandt, die wir als Sonderbeilage unserer Sonntagsausgabe beilegen werden. Bisher liegen Beiträge der folgenden Genossen vor: Karl Kautsky, Ceomak und Nemec (Tschechoslowakei), Jonhaux (Frankreich), Wallhead und Tom Shaw (England), Troelstra (Holland), Vandervelde (Belgien), Adelheid Popp (Oesterreich), Gavanni (Ungarn), Möller (Schweden), Stanning (Dänemark), Tschernow (Sozialrevolutionäre Partei Rußland), Turati (Italien), Topalowitsch (Jugoslawien), Morris Hilgnith (Amerika).

Die rote Lügenfahne

Am Donnerstag kam es auf unserem Parteitag in Gera zu einem Zwischenfall. Genosse Moses erwähnte in seinem Referat auch die Tatsache, daß das Todesurteil gegen die russischen Sozialrevolutionäre von den deutschen Kommunisten mit stürmischem Beifall begrüßt worden ist. Als der Parteitag darüber seine Entrüstung ausdrückte, stimmte auf der Tribüne ein kommunistischer Berichterstatter ein schallendes Gelächter an. Der Parteitag verlangte darauf stürmisch die Entfernung dieses unreifen Burschen, und das geschah. In einem Teil der Presse wurde nun behauptet, daß Herr Werner Scholem der Lacher gewesen sei. Das entsprach nicht den Tatsachen, was von den betreffenden Blättern in der nächsten Nummer richtiggestellt wurde. Wir haben in unserem Bericht den Herrn Scholem nicht erwähnt. Trotzdem schreibt die „Rote Fahne“ in ihrer gestrigen Abendausgabe:

„Die „Freiheit“ natürlich putzt den ganzen Vorfall zur gröbsten Kommunistenhetze auf. Ihr fällt es natürlich in ihrem blinden Haß gegen die Kommunisten nicht ein, sich auch nur zu der Objektivität und Wahrhaftigkeit eines „Vorwärts“ aufzuschwingen. Mit Absicht und wider besseres Wissen läßt sie ihre Leser bei der Meinung, als ob Genosse Scholem den Parteitag provoziert hätte.“

Noch einmal: Wir haben den Namen Scholem in unserem Blatte nicht einmal erwähnt, wie wir auch zu dem ganzen Vorfall uns nicht mit auch nur einem Worte kritisch geäußert haben. Was die „Rote Fahne“ uns also andichtet, geschieht mit Absicht und wider besseres Wissen. „Rote Fahne“ — Lügenfahne!

Hölz gibt der KPD. Generalvollmacht

Seitens der Kommunistenpresse dauert die Stimmungsmache mit dem von der Justiz zu Tode gequälten Hölz fort. Beständig sind die KPD.-Blätter mit Nachrichten gefüllt, wie schlecht Hölz behandelt wird. Die Justizverwaltung wehrt sich jetzt in einer durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst weitergegebenen Richtigstellung gegen diese Vorwürfe und betont, daß sie durchaus unzutreffend sind. Im Gegenteil habe Hölz während seines Aufenthaltes in Münster alle Vergünstigungen genossen, die einem zu Zuchthausstrafe Verurteilten gewährt werden könnten. In Breslau sei die Sachlage folgende: Hölz wurde zunächst in das Lazarett der Hauptanstalt aufgenommen. Dort erging er sich in den unflätigsten Ausdrücken, brüllte den Arzt, der ihm nicht im geringsten zu nahe getreten war, mit „Bluthund, Schwein“ usw. an und spuckte ihm abermals ins Gesicht, schließlich fing er regelmäßig an zu toben. Daraufhin ordnete der Arzt die Uebernahme in die Irrenabteilung zur Beobachtung an, die auch von der Konferenz der Oberbeamten ordnungsmäßig beschlossen worden ist.

Bei Gelegenheit dieser Richtigstellung wird auch folgender Brief von Hölz an die Kommunistische Partei bekannt:

„Liebe Genossen! Ich habe Vorstehendes so gefaßt, wie ich es nach Lage der Dinge und durch die verflucht engen Gitter eben sehe und beurteilen kann. Ich spreche euch selbstverständlich das unbeschränkte Recht zu, Kürzungen oder Zusätze vorzunehmen, die der Sache irgendwie dienen und nützen können, ganz so, als ob ich die Aenderung selbst vorgenommen hätte. Ihr vermögt ja die Dinge von draußen mehr objektiv zu beurteilen. Im übrigen besitzt **meine Frau eine notarielle Vollmacht** und ist befugt, **alle Sachen in meinem Namen zu zeichnen. Ich werde mich selbstverständlich stets rückhaltlos zu all dem als Urheber bekennen, was von meiner Frau mit meinem Namen gezeichnet wird und der Bewegung dient.** Nur bitte ich, daß bei allen evtl. Veröffentlichungen folgender Vorsatz gemacht wird: Ein aus dem Zuchthaus Münster entlassener Strafgefangener brachte uns heute das und das ... Dies ist unbedingt notwendig, damit die Spur von der wirklichen Beförderung abgelenkt wird.

Max Hölz.“

Man wird nach diesem Schreiben also mit ziemlicher Gewißheit annehmen dürfen, daß die fortlaufend in KPD.-Zeitungen abgedruckten Hölzbriefe gar nicht von Hölz herstammen, sondern in kommunistischen Büros fabriziert werden.

Die Hoffnung der Reaktion

Mit wachsendem Unbehagen beschäftigt sich die reaktionäre Presse mit der Tatsache der Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Insbesondere nimmt sie daran Anstoß, daß ebenso bei den Sozialdemokraten wie bei den Unabhängigen der Wille vorherrscht, aus der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Partei des Klassenkampfes zu machen. Die „Kreuzzeitung“ freilich, in ihrer Freitagabendausgabe, glaubt annehmen zu können, daß es auch in der geeinigten Partei Differenzen geben werde. Immerhin muß das Blatt folgendes schreiben:

Gegen die Macht der 170 bis 180 sozialdemokratischen Mandate werden sich die bürgerlichen Parteien nur zur Geltung bringen können, wenn sie eine

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(32. Fortsetzung.)

Dann kam der Peter ins Geschichtenerzählen aus der Gymnasiastenzeit. Er hatte sich her zu Philipp gesetzt und ließ ihn jetzt nicht gehen. Schließlich tranken sie Brüderschaft.

Der Onkel Wolff schlief und schnarchte, die anderen waren gegangen. Nur Eigner, Lorberger und Philipp saßen noch beisammen. Die Jungen waren ein wenig schwer. Der Alkohol lag auf ihnen. Aber auch das Herz. Am Tage Unterdrücktes, es wollte nun nach seinem Worte suchen und sich anvertrauen können.

„Du hast auch die Dummheit gemacht, wie ich,“ sagte der Peter Lorberger.

„Welche?“ fragte der Philipp.

Der Peter legte den Arm über seinen Nacken.

„Na, stell dich nicht so. 's ist eine Dummheit, eine saumäßige Dummheit.“

„Was denn, wieso denn?“

„Wenn du nicht verstehen willst.“

„Doch ich will verstehen; aber ich verstehe nicht.“

„Na, mit dem Schullehrer. Hast du's noch nicht bereut?“

Der Philipp sagte nichts.

„Du wirst's dann noch bereuen. Wenn du eist*) annst, steck's auf. Siehst du, wie ich das Abiturium gemacht hatte, da ist mein Vater gestorben. Die Mutter war kränklich, und wir hatten Schulden. Da hieß es verdienen. Und in diesem Eselsnest ist ja kein Mensch, der einem hätt helfen können. Nur Viehvolk. Und so steck ich jetzt drin.“

Der Philipp horchte auf.

„Es taugt nichts, glaub mir's. Dein Lebtag hast du dran zu kauen. Und du kaust dich dran kaputt. Da nichts und da nichts. Für den Augenblick glaubt man, es sei gut so — aber bald merkt man, daß es das Schlechteste ist. Man ist kein Schullehrer und hat nicht studiert — und hat von beidem etwas. Das ist's gerade, daß man von beidem etwas hat und nichts Ganzes und Richtiges. Folg mir, schmeiß den ganzen Bettel hin — dein Lebtag mußt du dich doch nur in dem Kram ducken und fügen und hast immer die Faust im Genick sitzen — und in dir bohrt's immer. Folg mir, laß dir's als Freund gesagt sein, schmeiß den Kram hin.“

„Ja, aber wie denn?“

„Wie denn? Einfach, indem man's tut. Dann kommt Rat ganz von selbst. Mit Schulden, macht nix — aber nur aus dem geduckten, engen, armen Leben heraus.“

Sie saßen still.

„Hermann, was meinst du?“ fragte der Lorberger.

„Ich? Ich mein auch wie du — aber ich mein auch, es kommt nicht drauf an, was man ist, sondern wer man ist.“

„Das sagst du. Du bist ein freier Mann. Aber wir armen Teufel haben die Abhängigkeit, da werd einmal wer! Das brächtst auch du nicht fertig. Streberei, Katzbuckelei, Zurücksetzung, Pfennigdrückerei, Beaufsichtigung, Bevormundung — und was da all zusammen kommt, da kannst du nicht mitreden.“

Er stand auf und nahm den Philipp an den Schultern:

„Mensch, es soll nicht noch einer kaputt gehen, wenn ich's verhüten kann oder wenn ich einem raten kann. Reiß dich heraus. Für den Augenblick wird's dir schwer — aber das tut nichts. Hätt ich's auch getan! Was hat jetzt meine Muter von mir? Nichts! Ich hab kaum für mich genug. Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Mensch!“

Und damit riß er den Philipp in die Höhe.

„Mensch, sei gescheit! Es geht alles, man muß nur wollen. Fest wollen!“

Hermann Eigner sagte:

„Wenn Sie's machen könnten, Herr Kaiser, es wäre ja freilich besser.“

„Mach's!“ sagte der Lorberger. „Prost drauf!“

Sie leerten ihre Gläser und gingen.

„Ich will mal sehen,“ meinte der Philipp im Fortgehen.

„Nicht erst mal sehen. Ein Sprung — und hinüber. Nur mit einem Sprung kann man so etwas machen. Sonst bleibt man seiner Lebtag ein Hutsimpel. Also los!“

Sie standen noch ein wenig beisammen und rieten und beredeten. Dann gingen sie.

Der Philipp aber schlief die ganze Nacht nicht und dachte darüber nach, was der Lorberger gesagt hatte.

Und als der Morgen sonntagshell in sein Zimmer sah, da war er fest in seinem Entschluß — und schlief ein.

6.

Ihm war, er stehe ganz aufrecht und kerzengerade. Ganz fest und sicher. Er war sich klar: er ginge. Kurzerhand. Denn von dem Aufschub war ihm bange. Nichts fragen, nichts beraten. Nur nicht erst reden, nicht Meinungen anhören. Und zu keinem Menschen gehen — das würde ihn schwankend machen.

So setzte er sich hin, schrieb an den Direktor, schrieb an das Ministerium, packte den „Orbis pictus“ sorgfältig ein — Hefte, Bücher, alles, was er in Besitz hatte, zahlte seine Wirtin aus, behielt nur ein paar Groschen übrig, wenn er die Fahrt noch einrechnete, gab seine Aufträge, und ohne weitere Umstände, auch wenn es ihm übel ausgelegt werden sollte, ohne Besuch und Abschiednehmen ging er. Die Kirchenglocken läuteten zum Nachmittagsgottesdienst, das Städtchen lag ganz in dünnen Herbstdunst eingehüllt. Sanft, friedlich, milde. Und nun kam er sich doch seltsam vor, nicht mehr so gerade und aufrecht. Er schlich sich davon, ein bißchen feige und verächtlich. Wenn er einen rechten, geraden Mut gehabt hätte, wäre er gerade und offen zu jedem hingegangen und hätte ihm seinen Entschluß gesagt und hätte Abschied genommen, Auge in Auge. Aber das war nun einmal nicht, was half da die Reue. Wieder umkehren, es anders machen — das wäre töricht. Er ging nun, wie er war, und ob es gleich auch nicht die schönste und beste Art war.

Der Stationsvorsteher fragte ihn: „Wollen Sie verreisen, Herr Lehrer?“

„Ja,“ sagte er, „ein wenig.“

Er wurde rot wie Zinnober. Was hatte er eben gedacht, und nun war er doch feige gewesen.

Der Stationsvorsteher hatte sich schon weggewendet, denn der Zug fuhr ein. Philipp riß sich zusammen und ging zu ihm hin.

„Ich gehe für immer, Herr Vorsteher.“

„So, so? Adje, Herr Lehrer, also!“

(Fortsetzung folgt.)

*) irgendwie.

klare und entschlossene Politik treiben. Darunter verstehen wir zunächst Klarheit über die sachlichen Notwendigkeiten — also in der Umlagefrage eine ausreichende Preiserhöhung —, sodann die Entschlossenheit, diese Notwendigkeiten unter allen Umständen durchzusetzen. Das wird nicht erreicht durch Umgehung der Schwierigkeiten und durch Kompromisse, die nur die Hälfte des Notwendigen bringen. Zur Verteidigung solcher Kompromisse können sich die bürgerlichen Parteien nicht auf ihre zahlenmäßige Schwäche berufen. Denn es würde ihnen nicht an der Hilfe der anderen bürgerlichen Parteien fehlen, wenn sie den Mut hätten, ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Sollte diese Hilfe aber ausbleiben, so dürften sie auch nicht davor zurückschrecken, die Sozialdemokratie allein in der Regierung zu lassen.

Die Reaktionäre haben also wenig Hoffnung, daß sie aus eigener Kraft der Macht der einigen Sozialdemokratie begegnen könnten. Aber sie haben eine andere Hoffnung, und das sind die Kommunisten, die durch ihre arbeiterverräterische Taktik schon dafür sorgen werden, daß die Reaktion wieder gestärkt wird.

Noch eine Haftentlassung

Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat am Freitag auf Antrag des Verteidigers Dr. Luetgebrune-Göttingen den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Stein, Burg Saaleck, ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Stein ist nachmittags aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen worden. Das ist nunmehr der fünfte Beschuldigte, der vom Staatsgerichtshof, kurz vor dem Prozeß, aus der Haft entlassen wird. Außerdem sind 13 Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt worden. Darunter befanden sich mehrere Personen, gegen die die schwersten Verdachtsgründe vorlagen. Die Maßnahmen des Staatsgerichtshofs sind äußerst bedenklich. Es wird unter diesen Umständen nicht möglich sein, das Lügengewebe zu durchbrechen, das die Rathenaumörder und ihre Helfershelfer zur Verdunkelung des Verbrechens vor Gericht spinnen werden. Denn die auf freien Fuß gesetzten Personen werden die freie Zeit benützen, die Lügengemeinschaft so fest zu kitten, daß es keinem Staatsgerichtshof gelingen wird, sie zu durchbrechen. Die Bildung solcher Lügengemeinschaften wird durch die Maßnahmen des Staatsgerichtshofes sehr begünstigt.

Unter keinen Umständen

Die englische Arbeiterschaft gegen kriegerische Abenteuer

Die Zuspitzung der Orientkrise und das Säbelrasseln der englischen Regierung, das sich in der Entsendung von Kriegsschiffen und Truppen nach den Dardanellen dokumentiert, hat die englische Arbeiterschaft auf den Plan gerufen. Hatten der Kongreß der englischen Arbeiterpartei im Juli und der englische Gewerkschaftskongreß in Southport anfangs September dieses Jahres sich scharf gegen alle kriegerischen Abenteuer ausgesprochen und mit Gegenmaßnahmen der Arbeiterklasse für den Fall gedroht, daß man abermals Arbeiter auf dem Altar des englischen Kapitalismus opfern wolle, so gilt es jetzt, es angesichts der neuen Kriegsgefahr nicht bei Worten bewenden zu lassen.

Um nun die Stellungnahme der führenden Personen der Arbeiterbewegung kennen zu lernen, hat der „Daily Herald" eine Rundfrage vorgenommen, deren Ergebnis er in der Dienstag- und Mittwochnummer veröffentlicht. Einige der Antworten lassen wir folgen:

R. B. Walker, Generalsekretär des Landarbeiterverbandes: Die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gegen jedes kriegerische Unternehmen ist.

Harry Gosling, Vorsitzender des Transportarbeiter- und Fabrikarbeiter-Verbandes: Für einen Krieg liegt keine Rechtfertigung vor. Der Streit um Konstantinopel ist durch Verhandlungen beizulegen. Unsere Machthaber können keine vernünftige Politik machen. Nun muß es die Arbeiterpartei versuchen.

Parlamentsmitglied James O'Grady: Das Aktionskomitee der Arbeiterpartei sollte sofort zusammengerufen werden. Die ganze Sache ist zurückzuführen auf den verbrecherischen Irrtum Lloyd Georges und er und seine Kollegen sollten aus dem Amte gejagt werden.

J. Ramsay Macdonald, Vizepräsident der Arbeiterpartei: Seit dem Waffenstillstand haben die Alliierten eine Politik befolgt, die zu diesem bedauernswerten Zustand geführt hat. Krieg ist undenkbar. Würde er ausbrechen, so würde auf den Balkan, Mesopotamien, Palästina und vielleicht Aegypten übergreifen. Rußland und Frankreich würden kaum ruhig zusehen.

Philip Snowden: Die Situation im nahen Osten ist der unausbleibliche Erfolg der alliierten Politik. Wir müssen die Gefahr abwenden.

Arthur Henderson: Krieg ist ein Verbrechen. Die Regierungs-Politik geniert die Bevölkerung, das Parlament und die Alliierten. Die organisierte Arbeit muß mit einem entschiedenen „Nein" antworten.

J. H. Thomas, Mitglied des Unterhauses: Diejenigen von uns, die mit den Massen in Berührung sind, können eine klare Antwort auf das Kriegsgerede geben. Unser Volk ist gegen einen Krieg.

Gleichzeitig werden überall im Lande Protestversammlungen abgehalten, wie auch Gewerkschafts- und Parteiorganisationen gegen jedes kriegerische Abenteuer Protest erhoben.

Zuspitzung des englisch-französischen Gegensatzes in der Orientfrage?

(WTB.) London, 22. September. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Chronicle schreibt, eine Zurückziehung der englischen Streitkräfte aus Tschanak komme vorläufig noch nicht in Frage. Zwischen Lord Curzon und Poincaré sei in Paris nichts derartiges vereinbart worden. Im Gegenteil, Lord Curzon sei sehr fest in seiner Haltung bezüglich dieser Frage gewesen und habe in seinen Anfragen dringend um eine Rechtfertigung der französischen Sonderaktion durch Poincaré gebeten, die eine Nichterfüllung einer gemeinsamen militärischen Verpflichtung bedeute. Die britischen Truppen würden auch ohne die französischen Truppen in Tschanak bleiben. Der französische Stolz müsse sich damit abfinden, und die französische Politik müsse sich die Folgen vergegenwärtigen. Von Angora liege bisher noch immer keine Antwort auf die Anfrage vor, ob die neutrale Zone respektiert werden würde.

Die Straßenbahn ab heute 10 Mark

Der Wasserpreis auf 10 Mark erhöht
208 Millionen für Notstandsmaßnahmen bewilligt

Donnerstagsitzung im Rathaus

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung einer Reihe von Eingängen. Nach kurzer Sitzung wird die zweite Beratung der Vorlage über die Einstellung der Ausgabe von Hypotheken durch die Anstalt für die Zweiten Hypotheken in Neukölln geschlossen. Bei der Abstimmung wird von der linken Seite des Hauses Beschlußfähigkeit angezweifelt. Es kommt zur Auszählung, die mit 64 gegen 48 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die Anwesenheit von 114 Mitgliedern, also die Annahme der betreffenden Vorlage ergibt. Hierbei stimmt die Versammlung den Vorlagen über die Errichtung einer Urnenmauer auf dem Friedhof Gerichtstraße und der Vereinigung eines Teiles der Siedlung Lindenhof mit dem Verwaltungsbezirk Schöneberg nach kurzer Aussprache, und dem Verkauf von Parzellen des Siedlungsgeländes Eichkamp an die Märkische Heimatstätte zu. Hierauf wird in die zweite Beratung der Anträge und Vorlagen über die

Notstandsmaßnahmen der Stadt Berlin

eingetreten.

Aus den Ausschuß-Beratungen hebt Stadtv. Pattloch (SPD.) die Einmütigkeit und schnelle Arbeit zur Erledigung der schwebenden Fragen hervor. Stadtv. Schwenk (Komm.) bemängelt an den Vorlagen noch allerlei. Hierauf tritt eine Pause in der Verhandlung ein, damit die Fraktionen zu den neuen Magistratsvorlagen über den Wasser- und Straßenbahnfahrpreis Stellung nehmen können.

Bei Eintritt in die Weiterverhandlung verliest der Stadtverordnetenvorsteher zwei Anträge Rosenberg-Dörr und Gen. (Komm.). In dem ersten wird der Magistrat aufgefordert, eine Kommission sachverständiger Betriebsräte in den städtischen Werken zu bilden, die Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Werke machen soll. Die Durchführung dieser Vorschläge soll alsdann unter Kontrolle der Betriebsräte der städtischen Werke erfolgen. In dem anderen Antrage wird der Magistrat aufgefordert, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um die an der Straßenbahn stärker interessierte Berliner Großindustrie zur Aufrechterhaltung des Betriebes heranzuziehen.

Stadtv. Kirchner (Deutschnat.) erstattet den Bericht des Ausschusses über die Vorlagen der

Erhöhung des Straßenbahn- und Wasserpreises.

Redner führt aus, daß sowohl bei der Straßenbahn, als auch in den Wasserwerken in letzter Zeit erhebliche Verbesserungen vorgenommen worden sind. Die Kündigung von 3000 Angestellten und Arbeitern bei der Straßenbahn bedeutet eine erhebliche Verbilligung des Betriebes. Ferner ist die Zahl der Freikarten eingeschränkt worden. Die Zahl der Wagenkilometer, die täglich durchfahren werden, ist infolge Stillegung gewisser Strecken absolut etwas vermindert worden, dagegen hat sie tatsächlich pro Wagen zugenommen. Den gewaltig erhöhten Ausgaben müssen natürlich erhöhte Einnahmen gegenübergestellt werden, aber die geforderten Beträge sind für die Bevölkerung unerträglich. Der Ausschuß hat sich daher dahingehend geeinigt, für die einfache Fahrt 10 Mark, für den Umsteigefahrschein 16 Mark vorzuschlagen. Die Festsetzung der übrigen Tarifsätze soll dem Magistrat anheimgegeben werden. Was den Wasserpreis anlangt, so erklärt der Magistrat den großen Sprung von 3,50 Mk. auf 13 Mk. damit, daß die im Juli beantragte Erhöhung auf 5 Mark damals vom Ferienausschuß abgelehnt worden ist. Eine Erhöhung auf 13 Mark ist bei den Ansprüchen, die das Reichsmietengesetz an die Mieter ohnehin schon stellt, aber zu groß, und der Ausschuß empfiehlt, einen Wasserpreis von 10 Mark pro Kubikmeter zur Annahme. Dabei muß hervorgehoben werden, daß jede Mark, um die der Wasserpreis unter 13 Mark bleibt, eine Mindereinnahme von 45 Millionen Mark das halbe Jahr für die Stadt bedeutet.

In der Aussprache erklärte für unsere Fraktion Genosse Reuter, daß bei der Festsetzung des Wasserpreises die USP. den Sprung von 3,50 M. auf 13 M. unter keinen Umständen mitmache. Er führte u. a. aus: Eine bedeutende Erhöhung des Wasserpreises ist lediglich notwendig geworden, weil der Etatsausschuß mit Hilfe der Kommunisten im Interesse der Hausbesitzer den Wasserpreis nicht rechtzeitig erhöht hat. Die Erhöhung des Wasserpreises wird am 1. Oktober durch Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes auf die Schultern der Mieter abgewälzt werden. Wir bedauern das Verhalten der Kommunisten, denn auch sie haben mit uns für das Reichsmietengesetz gestimmt, um Schlimmeres, nämlich die freie Wirtschaft, zu verhüten. Unverständlich und heuchlerisch ist das jetzige demagogische Geschrei der Kommunisten wegen Belastung der Bevölkerung. Denn bei ihrer Zustimmung zum Reichsmietengesetz hätten sie sich über die Konsequenzen klar sein müssen.

Wir begrüßen es, daß der Etatsausschuß unserem Antrage auf Herabsetzung des Wasserpreises zugestimmt hat.

Bei der Straßenbahn handelt es sich jetzt lediglich um einen Kampf gewisser interessierter Kreise um die Entkommunalisierung dieses Verkehrsunternehmens. Zum ersten Male haben Vertreter der Rechten dieses Hauses zugeben müssen, daß um eine Tariferhöhung auch dann nicht herumzukommen sei, wenn die Straßenbahn in privaten Besitz überführt wird. Gegenüber den Straßenbahntarifen anderer Städte sind die Tarife der Berliner Straßenbahn noch als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Mit allen Mitteln werden wir für Erhaltung der Straßenbahn in städtischem Besitz eintreten.

Bei der Frage der Rentabilität der Straßenbahn spielt die Lieferung des Stromes — etwa 50 Prozent der Unkosten — eine große Rolle. Wir hoffen, daß die Versammlung endlich genügend Initiative aufbringt, um die Reorganisation der städtischen Werke nach unsern bekannten Vorschlägen durchzusetzen. Wenn wir den Tariferhöhung zustimmen, dann sind wir uns vollkommen darüber klar, daß dazu mehr politischer Mut gehört als zur Ablehnungspolitik der Kommunisten, die jede, auch noch so notwendige Forderung ablehnen, ohne Rücksicht darauf, ob wir in Kürze vor einem Trümmerhaufen stehen oder nicht.

Durch unsere Politik wird es bestimmt möglich sein, die Tarife immer so niedrig zu halten, als es die Wirtschaftslage überhaupt zuläßt.

Stadtv. Lange (Zentrum): Zweifellos hat sich die Lage gegen früher gebessert. Leider lassen aber die Bilanzen nicht klar erkennen, ob das Defizit nicht zu hoch bemessen ist. Der Erhöhung des Wasserpreises auf 10 Mark soll zugestimmt werden, dagegen wird der Erhöhung von 13 M. widersprochen, da dieser Sprung ein zu großer ist.

Stadtv. Rosenberg (Komm.): Ueberall, wohin man in der städtischen Wirtschaft sieht, erblickt man Anzeichen des Bankrotts. Das Defizit der Straßenbahn besteht in der Hauptsache aus den überaus mangelhaften Materialien. Die Vogelstraußpolitik hat keinen Zweck.

Den Zahlenangaben des Stadtv. Dr. Rosenberg widerspricht hierauf der Stadtkämmerer Dr. Karding. Es wird verwechselt die Gesamtausgabe des Haushaltes, die im Entwurf mit 12—13 Milliarden vorgesehen ist und der Finanzbedarf, der sehr viel bescheidener ist und zu dessen Deckung nach dem Entwurf 9/10 der Einnahmen der städtischen Werke verwendet werden sollen. „Dr. Rosenberg", so fährt der Kämmerer fort, hat mich ferner überrascht, daß er für stärkere Rückstellungen in den städtischen Werken eingetreten ist, die der Magistrat bisher vergeblich verlangt hat. Ich freue mich, bei der nächsten Erhöhung der Einnahmen der städtischen Werke, die Rückstellungen ermöglicht, darauf, daß seine Partei dafür einstehen wird. (Gelächter rechts!) Zum Schluß richtet Dr. Karding an die Stadtverordneten die dringende Bitte, sich von wirtschaftlichen Notwendigkeiten leiten zu lassen und zu bedenken, daß für die Politik der Hinausschiebung, die jetzt zu den sprunghaften Erhöhungen geführt hat, nicht der Magistrat verantwortlich ist.

Dr. Michaelis (Dem.): Bei der Straßenbahn hat sich seine Fraktion entschlossen, einer Erhöhung auf 10 Mark zuzustimmen, obwohl diese nicht als ausreichend angesehen wird. Eine Erhöhung des Wasserpreises vor dem 1. Oktober wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber den Hausbesitzern gewesen. Jetzt ist aber der Moment gegeben, den Wasserpreis angemessen zu erhöhen.

Stadtv. Schönke (Wirtsch. Ver.): Der Magistrat behauptet immer, kein Geld zu haben, und doch läßt er bei Privaten noch immer Arbeiten zu Preisen ausführen, die weit unter den Tarifpreisen liegen. Diese Tarifpolitik lehnen wir ab.

Stadv. Schalldach (D. Vpt.) vertritt den Antrag, die Magistratsvorlage hinsichtlich des Wasserpreises mit 13 Mark wieder herzustellen, da dieser Preis erforderlich ist. Bevor eine weitere Erhöhung genehmigt werden kann, muß der neue Staffeltarif eingeführt werden.

Stadtv. Hermann Runge (SPD.) will nur der Erhöhung des Wasserpreises auf 10 Mark zustimmen.

Stadtv. Lüdecke (Dn.): Die Werke müssen sich selbst erhalten, müssen aber auch gewisse Ueberschüsse bringen. Zur Deckung des Ausfalls in den Wasserwerken ist ein Preis von 13 Mark erforderlich, dem wir zustimmen. Bei der Straßenbahn hat sich der Manteltarif sehr schädigend bemerkbar gemacht, wird er durch Schiedsspruch revidiert, dann stimmen wir dem 10-Mark-Tarif zu. Gibt der Magistrat jedoch keine Sicherheit dafür, dann müßten die Tarife abgelehnt werden.

Stadt. Richard Kunze (D. Soz.) bezeichnet die Zerrüttung der Mark als eigentliche Ursache und verlangt die Beseitigung der Papiergeldwirtschaft. Er verlangt besonders Erhöhungen für Vergnügungsfahrten nach einer bestimmten Zeit am Abend.

Die anschließende Abstimmung ergab die Ablehnung des Wasserpreises von 13 Mark mit 93 gegen 67 Stimmen. Der Ausschußantrag wurde hinsichtlich der Straßenbahn und des Wasserpreises angenommen.

Zur Frage der Erhaltung der Horte und privaten Kindergärten spricht Stadtv. Frl. Dr. Mayer (D. Vpt.): Rednerin fordert rechtzeitige Schutzmaßnahmen im Interesse der Jugend.

Ein vom Gen. Reuter begründeter Antrag, die Deckung der 208 Millionen nur durch Erhöhung der Elektrizitätspreise vorzunehmen, wird abgelehnt. In der Endabstimmung werden die

Notstandsmaßnahmen mit 208 Millionen Mark

bewilligt. Schließlich findet noch ein Antrag auf Unterstützung des Lehrpersonals des Lettehauses Annahme. Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

Eine Sonderaktion Frankreichs

Paris, 22. September. Nach einer Meldung der „Information" begibt sich Franklin Bouillon nach Kleinasien, um dort eine Zusammenkunft mit Mustapha Kemal Pascha zu haben.

Einberufung der französischen Kammer

Paris, 22. September. Der Ministerrat versammelte sich heute morgen unter dem Vorsitz Millerands. Der Ministerpräsident verständigte seine Kollegen über die auswärtige Lage sowie über die Besprechungen über den Nahen Osten, die am Quai d'Orsay mit dem Vertreter Englands stattgefunden haben. Das Dekret, **das die Kammer einberuft, wurde von Millerand unterzeichnet. Es wird morgen im „Journal Officiel" erscheinen.**

Wettlauf um Wiederaufbauprofite

WTB. München, 22. Sept. Eine Gruppe von Interessenten gründete für Sachleistungen auf dem gesamten Gebiete des Wiederaufbaues im Sinne Bemelmans, Villets und des Wiesbadener Abkommens zwecks freien Zusammenschlusses die Wiederaufbaugruppe Bayern G. m. b. H. mit dem Sitze in München und einem vorläufigen Kapital von 300 000 Mark. Wie den „Münchener Neuesten Nachrichten" mitgeteilt wird, gehören der Gruppe eine größere Anzahl bedeutender süddeutscher Werke, darunter auch die Daimler Motoren-Gesellschaft in Stuttgart an. Mit Stinnes habe die Gruppe ebenfalls Fühlung genommen und bereits ein Uebereinkommen dahin erzielt, daß auch die bayerischen Lieferanten durch die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau Reparationskohle erhalten.

Vom Völkerbund

England nimmt Frankreichs Abrüstungsvorschläge an

(WTB.) Genf, 21. Sept. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte der Vertreter Englands, Fisher, daß er die französischen Vorschläge Jouvenels annehme, die nach seiner Ansicht an Stelle der Vorschläge Cecils treten könnten. Er sei mit ihnen einverstanden, weil sie die Bedeutung des Reparationsproblems und der zweiten Lebensfrage, der interalliierten Schulden, sowie die Zusammenhänge dieser Fragen untereinander und für die Abrüstung hervorheben.

Aufgelöste Geheimorganisationen. Wie das Braunschweiger Presseamt mitteilt, hat das Staatsministerium in Braunschweig auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und der Verordnung zur Sicherung der Staatsverfassung den „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, und den „Jungdeutschen Orden" mit allen Unterorganisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten. — Warum erst jetzt?

Groß-Berlin

Sonnenkleider

Wahrlich, ich sage Euch, es gibt Leute, deren Sorgen sind so groß, daß der gewöhnliche Sterbliche sich von diesen Sorgen aber auch gar keine und wie immer geartete Vorstellung machen kann.

Mein Gott, wie sollte auch der gewöhnliche, höchst gewöhnliche Mensch, unter dem liebe Nächste ja noch immer den Arbeiter verstehen, der glücklich ist, daß er gerade noch so lebt und nicht Hunger leidet, wie sollte der solche ungeheuren Sorgen würdigen können.

Ein wahres Glück nur, daß die Zahl dieser armen Mitbürger mit den Uebersorgen nicht gerade groß ist und daß es genügend mildtätige Menschen und Wohltäter gibt, die sofort darauf bedacht sind, die Sorgen anderer aus der Welt zu schaffen. Das versöhnt dann wieder mit den Sorgen anderer!

Sonnenbäder sind bekanntlich im Sommer eine ebenso schöne wie gesunde Sache. Das wissen auch die feinen und die reichen Leute, so die richtig Reichen mit den riesengroßen Brieftaschen.

Aber die Sorgen, die sie wegen der Sonnenbäder haben und wie lange es währt, bevor sie wissen, wie sie sich für die Sonnenbäder kleiden, denn das ist doch natürlich der Sinn der Sonnenbäder, daß man den Körper vollständig mit Kleidern umwickelt, auf daß die Sonne keine Wirkung auf die Haut haben kann. Man wird mir zugeben, daß dieses Sorgen von übermenschlichem Ausmaß ist, groß, grausam und einfach erschütternd. Doch schnell ist auch der Sorgenbrecher da.

Die neueste große Mode für die Sonnenbäder stillt die Sehnsucht aller Sorgenkinder. Niemand braucht zu verzweifeln. In den Eckschaufenstern eines großen Berliner Warenhauses, das so groß ist wie eine kleine Stadt, sind Sonnenkleider und stil- und stimmungsvolle Gewänder für die Sonnenbäder ausgestellt. Alles ist aus feinster Seide, es fließt nur so wie ein funkelnder Strom, mit langen Schleppen, die mit einer wahren Majestät auf dem Boden liegen. Andere Gewänder wieder für die Sonnenbäder bestehen aus Pluder- und Pumphosen, wie sie die Türkinnen tragen.

Dazu gehört ein reich bestickter Mantel, dessen Schleppe das schlemmerhafteste ist, was man sich denken kann.

Na, einfach wie im Märchen.

Und jedes Kleid kostet — zigtausend Mark. Zu allen diesen Herrlichkeiten gehören Riesen-Sonnenschirme aus Japan- und Chinastroh mit den unwahrscheinlichsten Verzierungen. Denn, wie schon gesagt, wenn man ins Sonnenbad geht, darf einen doch nicht etwa die Sonne bescheinen.

Und alles ist entzückend. Und die eleganten Damen stehen vor dieser Feinheit ganz versunken und wie trunken von so viel Vornehmheit.

Auch ich stand eine Weile, starr und staunend, in stiller Andacht. Aber ach, aus meinen heiligsten und herrlichsten Gefühlen wurde ich roh und rücksichtslos herausgerissen.

Eine sehr einfach gekleidete Frau, der man ansah, daß sie sich kaum den notwendigsten und dürftigsten Kittel für den von der Arbeit ausgemergelten Körper kaufen kann, sagte: „Man müßte doch gleich den Plunder zerreißen und auf die Straße schmeißen!" Und dazu spuckte sie Galle und Gift auf die Straße. Die vornehmen Damen aber, die vor den Schaufenstern standen, meinten: „Einfach abscheulich! Man müßte solchen Leuten verbieten, sich hierher zu stellen!"

Und ich lachte in mich hinein und überlegte, wie lustig es aussehen würde, wenn diese würdevollen Sonnenkleider zerrissen durch die Lüfte wirbelten.

Paul Packan.

„Jetzt ist Waffenausbildung"

In der Bekleidungskammer der Maikäferkaserne, in der jetzt Schutzpolizei untergebracht ist, brach kürzlich ein Brand aus, durch den beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Wie sich jetzt herausstellt, konnte der Brand nur deshalb einen so großen Umfang annehmen, weil die Löscharbeiten nicht rechtzeitig begonnen haben. Auf dem Hofe der Kaserne hielt gerade eine Hundertschaft Waffenübung ab. Die Mannschaften, die in der Kleiderkammer Rauch bemerkten, machten den Hundertschaftsführer, Hauptmann Borstorff, darauf aufmerksam, daß in der Kammer scheinbar Feuer ausgebrochen sei. Dieser aber erklärte, wie der „Vorwärts" zu melden weiß, seelenruhig: „Und wenn die Welt zu Grunde geht, jetzt ist Waffenübung!" Erst als sich der Brand weiter ausgedehnt hatte, beorderte er etwa die Hälfte der Hundertschaft zur Löscharbeit ab. Nur dadurch, daß so spät eingegriffen wurde, ist ein erheblicher Schaden angerichtet worden: wertvolle neue Uniformen wurden ein Raub der Flammen.

Der Hauptmann Borstorff genießt sicher den Ruf eines tüchtigen Soldaten. Er ist so tüchtig, daß er lieber die Welt untergehen läßt, als daß er von dem einmal befohlenen Dienst abläßt. Das ist echter Preußengeist. Der Dienst über alles! In diesem Fall ist zwar die Welt nicht untergegangen, aber die wertvollen Bestände einer Bekleidungskammer sind vernichtet worden. Offiziere solchen Schlages mögen dem alten Preußenheere Ehre gemacht haben, in der Schutzpolizei stehen sie nach unserer Auffassung am falschen Platze.

Einheits- oder Staffeltarif?

Die Verkehrsdeputation hat gestern in erster Sitzung mit 14 gegen 1 Stimme sich für die Beibehaltung des Einheitstarifs auf der Straßenbahn ausgesprochen. Wir begrüßen diese Entscheidung, da wir für Berliner Verhältnisse den Einheitstarif für den einzigmöglichen halten. Die zahllosen Benutzer der Straßenbahn, die jetzt bei der steigenden Geldentwertung immer wieder mit der Tarifstaffelung spielen, gehen alle bewußt oder unbewußt von der Vorstellung aus, daß sie billiger fahren werden. In Wirklichkeit würde ein Staffeltarif nur den Geschäftsverkehr im Innern der Stadt erleichtern, die Arbeiterschaft aber und den Vorortverkehr schwer belasten. Die Verwaltung hat eine sehr eingehende Denkschrift ausgearbeitet, die hoffentlich der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wird, da sie in überzeugender Weise alles Material zusammenträgt. Die Vorzüge des Einheitstarifs werden darin wie folgt zusammengefaßt:

Der Einheitstarif ist einfach und klar im Aufbau und leicht verständlich für Schaffner und Fahrgäste. Er ist verkehrsfördernd; er fördert gleichmäßige Benutzung der Straßenbahn im Gegensatz zum Teilstreckentarif, der gewisse Strecken überlasten würde. Der Berufsverkehr der werktätigen Bevölkerung geht mehr über längere Strecken wie der Luxus- und Bequemlichkeitsverkehr, bei dem die kurzen Fahrten überwiegen. Der Einheitstarif legt somit Lasten in stärkerem Maße auf die leistungsfähigen Schultern wie der Staffeltarif. Die Erfahrungen bei der Straßenbahn waren in jeder Hinsicht gut. Die übrigen Verkehrsmittel sind dem Vorgehen der Straßenbahn in der Vereinfachung ihrer Tarife weitgehend gefolgt. Auch sie konnten wesentlichen Mehrverkehr nach Vereinfachung ihrer Tarife nachweisen. Der Einheitstarif erleichtert die Abrechnung und die sonstige Verwaltungsarbeit, wodurch erhebliche Ersparnisse in den Ausgaben erzielt werden. Es fördert die Siedlungsbestrebungen in den Außenbezirken und bietet namentlich den Vororten von Berlin außerordentliche Vorteile. Er erleichtert bei der heutigen Wohnungsnot einen Wechsel der Arbeitsstätte ohne Wohnungswechsel. Demgegenüber sind die Nachteile des Einheitstarifes nur gering. Zwar ist der sogenannte Grundsatz von Leistung und Gegenleistung nicht voll gewahrt. Ein Tarif, der diesem Prinzip vollständig gerecht wird, ist in Berlin nicht durchführbar. Auch ein Fahrpreis nach kilometrischer Länge wäre ungerecht, weil die Straßenbahnplätze je nach Ort und Zeit sehr verschieden zu bewerten sind. Es ist ein Unterschied, ob der Fahrgast in verkehrsschwachen Stunden auf verkehrsarmen Außenstrecken oder in verkehrsstarken Stunden auf verkehrsreichen Innenstrecken einen Platz im Straßenbahnwagen beansprucht. Auch andere Tarifarten, wie Zeitstaffeltarif, sozialer Staffeltarif sind nicht durchführbar und kein Ersatz für den Einheitstarif.

Räumungsklage und Zwangsvollstreckung

Außer der Bekanntmachung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes hat der Magistrat in diesen Tagen eine andere Bekanntmachung zur Abänderung wichtiger Bestimmungen des Groß-Berliner Wohnungsnotrechtes beschlossen, die nachdem der Oberpräsident seine Ermächtigung gegeben hat, in der nächsten Nummer des Gemeindeblattes veröffentlicht werden wird. Nach dem Groß-Berliner Wohnungsnotrecht vom 12. Mai 1921 ist die Zustimmung des Mieteinigungsamtes in allen Fällen erforderlich, in denen ein Vermieter das Mietverhältnis mit einem Mieter, gleichviel ob dieser Geschäftsräume oder eine Wohnung inne hat, aufkündigen will. Während über diese Bestimmungen ganz allgemein Klarheit herrscht, ist durch die Fassung der Bestimmungen über die Erhebung der Räumungsklage und die Vollstreckung von Räumungsurteilen Unklarheit entstanden insbesondere dadurch, daß die einzelnen Abteilungen des Mieteinigungsamtes und die Gerichte darüber unterschiedlich urteilten, wann das Mieteinigungsamt die Zustimmung zur Erhebung der Räumungsklage und zur Vollstreckung eines Räumungsurteils zu erteilen hat. Diese Rechtsunsicherheit ist durch die neue vom Magistrat beschlossene Bekanntmachung beseitigt worden. Nach dem neuen Rechtszustand bedarf bei Mietverhältnissen nicht nur die Kündigung sondern auch die Erhebung der Räumungsklage der Zustimmung des Mieteinigungsamtes. Es werden jetzt also auch die Inhaber von Geschäftsräumen, sobald es sich um ein Mietverhältnis handelt, besonders geschützt. Die Bekanntmachung des Magistrats hat aber auch weiter noch den Mieterschutz in Fälle der Zwangsvollstreckung ausgedehnt. Es bedarf in jedem Falle, gleichviel ob es sich um Wohnungen oder Mieträume anderer Art handelt, zur Entsetzung eines Mieters aus dem Besitz gemieteter Räume auf Grund eines vollstreckbaren Titels der Zustimmung des Mieteinigungsamtes. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn der Mieter mit der Mietzahlung schuldhaft im Rückstande ist oder wenn für den Mieter eine anderweitige Unterkunft beschafft ist. Eine weitere Klarstellung bringt die neue Bekanntmachung des Magistrats dadurch, daß sie auch bei Wohnungen, die nur mit Rücksicht auf ein bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis ohne Abschluß eines Mietvertrages überlassen worden sind, zur Vollstreckung von Räumungsurteilen die vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes notwendig macht. Die Zustimmung muß hier erteilt werden, wenn der Inhaber der Räume Leistungen auf Grund des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (es wird sich in der Hauptsache um Verwalter- oder Potierverträge handeln) auf Grund dessen ihm die Räume überlassen worden sind, nicht mehr erfüllt oder wenn dem Inhaber der Räume anderweitige Unterkunft beschafft ist.

Ermäßigung der Kinosteuer

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuß zur Beratung der Novelle zur Vergnügungssteuerordnung hat heute seine erste Sitzung gehalten und dabei mit Rücksicht auf die beabsichtigte Schließung der Kinos den Tarif für die Lichtspieltheater vorweggenommen. Nach eingehender Beratung und nachdem je ein Vertreter der beiden Organisationen der Lichtspieltheaterbesitzer gehört worden war, beschloß der Ausschuß einstimmig über den Vorschlag des Magistrats hinaus zu gehen und angesichts der seit der Einbringung der Vorlage eingetretenen starken Steigerungen sämtlicher Preise, die Steuerstufen anderweit festzusetzen und den in der Magistratsvorlage beschlossenen Höchstsatz von 50 Prozent nicht schon bei 30 Mark sondern erst bei 60 Mark Eintrittspreis zur Erhebung zu bringen. Um aber dem damit verbundenen Ausfall an Steuern wieder um etwas auszugleichen, wurde auf Eintrittspreise von 100 Mk. und mehr ein Steuersatz von 60 Prozent festgesetzt. Wie auch von den beiden Vertretern der Interessenverbände aus der Mitte des Ausschusses deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, hat sich der Ausschuß in keiner Weise bei seiner Beratung und Stellungnahme von der angedrohten Maßnahme der Schließung der Kinos beeinflussen lassen, sondern seine Entscheidung so getroffen, wie es die jetzigen und in nächster Zukunft zu gewärtigenden wirtschaftlichen Verhältnisse geboten erscheinen lassen. Dieser Beschluß des Ausschusses bedarf außerdem noch der Zustimmung des Plenums der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats.

Erfolge der Mieter-Verbände

Der Organisation und Agitationskraft der Hausbesitzer stehen bereits sehr beachtenswerte Erfolge der Mieterbewegung gegenüber. Wie wenig die noch vielfach zu hörende Behauptung, daß die Mietervereine mehr theoretisch als praktisch arbeiten, berechtigt ist, zeigt eine Zusammenstellung aus der Arbeit des sehr rührigen Mieterverbandes Treptow-Baumschulenweg nur für das Halbjahr Januar—Juni 1922. Hiernach sind von den Erstattungsanträgen nach § 10 der verflossenen Höchstmietenverordnung zugunsten der Mieter in 106 Terminen für 62 Häuser 416350 Mark heruntergearbeitet worden. Insgesamt fanden vor dem Mieteinigungsamt 1622 Vertretungen, darunter zahlreiche für ganze Häuser, durch den Mieterverband statt. In 78 Terminen wurde vor dem Amtsgericht vertreten. In dem gleichen halbjährigen Zeitraum erhielten an 108 Auskunftsabenden 3256 Mieter unentgeltliche Beratung. Zu 325 Hausversammlungen wurden Vertreter entsendet. Der Verbandsvorsitzende Herr Oesterreich ist zum Bürgerdeputierten für das Wohnungswesen im 15. Verwaltungsbezirk gewählt worden. — Drei öffentliche Mieterversammlungen des Verbandes finden in den nächsten Tagen statt, am 22. September, 7½ Uhr, im Treptower Gesellschaftshaus am Ringbahnhof, und am 25. September, 7½ Uhr, im Lyzeum, Baumschulenweg, beide mit der Tagesordnung: „Welche Miete ist am 1. Oktober zu zahlen?" Referent: Rechtsanwalt Dr. Walter Goetzel. Die dritte Versammlung wird am Sonntag, dem 24. September, vormittags 10 Uhr, in den Park-Lichtspielen am Treptower Park abgehalten. Thema: die Sonderbestimmungen über Zentralheizung und Warmwasser-Versorgung. Das Erscheinen von Hauswirten ist erwünscht.

Volkskunstabende in Lichtenberg.

Der Städtische Ausschuß für Kunst und Volksunterhaltung beim Bezirksamt Lichtenberg veranstaltet im Winter, wie in den Vorjahren eine Reihe von Volkskunstabenden. Als Mitwirkende sind gewonnen u. a.: das Blüthner-Orchester, Kapellmeister Mörike vom Charlottenburger Opernhaus, die namhaftesten deutschen Vortragskünstler und hervorragende Opernsolisten. Als besondere Veranstaltung außerhalb des Abonnements ist ein Zyklus zur Einführung in Wagners „Der Ring des Nibelungen" vorgesehen, dessen Vortragsteil Kapellmeister Eduard Mörike übernommen hat. Der Spielplan umfaßt in diesem Winter außerdem für jede Abonnementsreihe je 2 Vorstellungen im Staats-Schauspielhaus am Gendarmenmarkt. Abonnementskarten für je 8 Abendvorstellungen sind bis spätestens zum 10. Oktober 1922 zum Preise von 200 Mark in den bekannten Verkaufsstellen in Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst und den übrigen Ortsteilen des Verwaltungsbezirks zu haben, außerdem in der Geschäftsstelle Möllendorfstraße 5, Aufgang 3, Zimmer 11.

Reinickendorf. In der letzten Bezirksversammlung wurde außer einigen kleinen Vorlagen die Bewilligung zum Einbau einer Badeanstalt in die 4. Gemeindeschule gegeben. Der von der gesamten Bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft unterstützte Antrag einzelner Tegeler Bürger, für Aufstellung eines Denkmals für die Gefallenen, den Platz vor der Tegeler Kirche freizugeben, wurde von den drei sozialistischen Parteien abgelehnt. In der Begründung führten unsere Gen. Weber und Koch aus, daß wir grundsätzlich gegen derartige Denkmalsaufstellungen wären und vollständig genug an lebenden Denkmälern jener „großen" Zeit hätten. Die Kapp-Putsch-Opfer der Arbeiterschaft Tegels hätte man ja auch nicht als Kriegsopfer betrachtet und sie in einem Winkel begraben. Die für derartige Denkmalszwecke verausgabten Gelder sollten lieber zur Linderung der Not der lebenden Opfer verwendet werden.

Die Frage des Hermsdorfer Denkmals ergab die folgende Aussprache, daß das Bezirksamt sich über den ablehnenden Standpunkt der alten Bezirksversammlung hinweg, für die Aufstellung desselben auf dem Kirchhof ausgesprochen hatte. Gegen einige andere Vorlagen wurde Widerspruch erhoben und endete die Ferientagung nach einer eineinviertelstündigen Dauer.

Die Schulentlassungsfeiern der weltlichen Schulen in Reinickendorf findet am 24. September vormittags statt. Der östliche Ortsteil läd die Eltern und Freunde nach der Aula des Gymnasiums in der Berner Straße und der westliche Ortsteil nach der Aula der 5. Gemeindeschule in der Augusta-Viktoria-Allee ein.

Jubilar. Seinen 70. Geburtstag begeht am 22. September Genosse Albert Müller, Oppelner Straße 22. Seit 1885 politisch organisiert kämpfte er schon unter dem Sozialistengesetz für den Sozialismus. Bei der Spaltung von Halle trat er den Parteizerstörern scharf entgegen. Bei jeder Kleinarbeit stellt sich Genosse Müller, soweit es sein körperlicher Zustand erlaubt, gern zur Verfügung. Die Genossen des 20. Distrikts hoffen und wünschen, daß es Genossen Müller vergönnt sein möge, noch lange Jahre für die Partei zu wirken, den jüngeren Genossen als Beispiel. Ein dreifaches Hoch unserem Geburtstagskinde.

Der Berliner Zoologische Garten hat morgen seinen vorlehten Sonntag! Es konzertieren die Kapellen Knoch und Löser. Der Garten ist bis spät abends, das Aquarium bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erhöhung der Fernsprechgebühren. Der Teuerungszuschlag für Fernsprechgebühren wird ab 1. Oktober auf 600 v. H. erhöht. Teilnehmer können Fernsprecheinrichtungen bis zum 25. September zum 30. September kündigen.

Eine vollständige Schaustellung über die Siedlungsfrage wird zurzeit im großen Saal des Rathauses Charlottenburg durch das Deutsche Archiv für Siedlungswesen vorbereitet und am Sonntag, den 24. September, eröffnet. Was diese Veranstaltung besonders auszeichnet, ist die klare Ordnung und Uebersichtlichkeit aller Probleme, die hier erreicht worden sind. Weltwirtschaft und Volkswirtschaft bilden die Quellen, aus denen die Rohstoffe der Siedlung fließen. Welt- und Landesverkehr vermitteln ihre Verteilung an die Arbeitsstätten, die ihrerseits zu Brennpunkten der Siedlung werden. Stadt und Land tauschen ihre Waren aus und durchdringen sich immer stärker, je größer die Dichte der Ansiedlung wird. Wichtigste Lebensbedürfnisse des einzelnen werden in ihren tiefen Zusammenhängen mit der Gesamtanlage der Städte und Siedlungen aufgedeckt. Die Weite der Schulwege, die Entfernung von der Arbeitsstätte und besonders vom Garten hängen von der Anlage der Siedlung ab. Aber auch die Kosten der Aufschließung, des Stammbaues der Versorgungsleitungen werden durch geordneten Anbau stark vermindert. Einfache für ganz Deutschland mustergültige Typen von Kleinwohnungshäusern und Modellen werden wertvollster Weise ergänzt durch Darstellungen aus dem Kleingartenwesen. Sparsame Bauweisen und angesichts des kommenden Winters auch Brennstoff sparende Heiz- und Kochapparate vorgeführt.

Tagung der Groß-Berliner Kriminalbeamten. In den Musiker-Festsälen waren die Kriminalbeamten von Groß-Berlin versammelt. Sie traten lebhaft für die Schaffung des Reichs-Kriminal-Gesetzes ein, durch das die Polizeihoheit der Einzelstaaten nicht verletzt werde. Notwendig sei jedoch, bei der Gestaltung der Ausführungsbestimmungen und bei der Besetzung der leitenden Beamtenstellen neben den höheren Verwaltungsbeamten auch Kriminalpraktiker heranzuziehen. Der Hauptwiderstand gegen die zentrale Zusammenfassung durch Reichsgesetz kommen nicht, wie vielfach verbreitet werde, von Bayern, sondern von dem immer nachhinkenden Preußen. Vom 1. Oktober d. Js. an habe Sachsen, der reichsgesetzlichen Regelung vorauseilend, eine einheitliche Kriminalpolizei. Baden, Württemberg und Hessen wollen in naher Zeit diesem Beispiel folgen. Warum sträuben sich da noch die preußischen Geheimräte, alte Köpfe abzuschneiden? Eine zur Teuerungsaktion der Regierung gefaßte Resolution fordert Abbau der unzulänglichen Teuerungszuschüsse und Aufbau der Grundgehälter dergestalt, daß den Beamten der unteren Besoldungsgruppen das Existenzminimum entsprechend der jeweiligen Teuerung gesichert wird.

Eine Roheit. Eine Leserin unseres Blattes aus Neukölln schreibt uns sehr richtig: Ich war heute auf dem hiesigen Wochenmarkt, Wilhelm Buschstraße, Zeugin, wie einer der beiden wachthabenden Schutzpolizisten in scheinbar friedlicher Absicht einen Hund an sich lockte und das Tier mit dem Seitengewehr schlug, ehe die Besitzerin des Hundes es verhindern konnte, die jedenfalls von der Verordnung, daß Hunde nicht auf den Wochenmarkt mitgeführt werden dürfen, nichts wußte. Meines Erachtens hat der Polizist die Pflicht, Anzeige zu machen, aber nicht das Recht, das Tier, das ja von Verordnungen nichts weiß, roh zu mißhandeln. Solche Fälle sind wirklich nicht angetan, das Verhältnis von Schutzpolizei und Publikum zu einem freundlichen zu gestalten.

Gewerkschaftliches

Protestkundgebung der Tabakarbeiter

Eine öffentliche Protestversammlung aller im Tabakgewerbe Beschäftigten tagte am Donnerstag in der „Neuen Welt", um zu dem Tabakeinfuhrverbot der Regierung Stellung zu nehmen. Zu dieser Versammlung waren auch der 35. Steuerausschuß des Reichstags sowie Vertreter der behördlichen und gewerkschaftlichen Instanzen eingeladen. Referent war Borax-Bremen, Sekretär des Tabakarbeiter-Verbandes.

Redner bezeichnete die Beschränkung der Tabakeinfuhr als eine für die Tabakindustrie tief einschneidende Maßregel. Besonders werde diese für die Arbeiterschaft von schädigender Wirkung sein. Sie sei vom ADGB. angeregt und dann ohne die Tabakarbeiter-Organisation zu hören, beschlossen worden. Schon jetzt mache sich eine Einschränkung der Arbeit in den Betrieben als Folge bemerkbar. Auf der anderen Seite sei die Wirkung, daß der in Süddeutschland angebaute Tabak bereits eine riesige Preissteigerung erfahren habe. Diese Wirkung werde die dortigen Tabakbauern veranlassen, den Anbau von Tabak bedeutend zu erweitern und die Erzeugung anderer Nahrungsmittel einzustellen. Nicht die gewollte Sicherstellung der Ernährung, sondern das Gegenteil werde also erreicht.

Daß die Tabakindustrie sich ohnehin schon in einem merklichen Rückgang befinde, werde durch die Statistik bewiesen. 1913 waren in dieser Industrie 173 605 Vollarbeiter beschäftigt, 1921 nur 169 540. Der Rückgang trete um so schärfer hervor, als die tägliche Arbeitszeit 1913 etwa 10 Stunden, 1921 dagegen nur 8 Stunden betragen habe. Auch durch die Einfuhr werde der Rückgang bestätigt. Diese war im ersten Halbjahre 1922 um etwa 50 Prozent niedriger als im letzten Halbjahr 1921. Die neue Maßregel der Regierung werde die schon bestehende Arbeitslosigkeit außerordentlich steigern, zumal die Absicht bestehe, die Beschränkung der Einfuhr durch Erhöhung der Zölle noch wirksamer zu machen. Hiergegen müsse entschieden schärfster Protest erhoben werden. (Beifall.)

In der folgenden Diskussion wurden heftige Vorwürfe gegen den ADGB. erhoben, denen Graßmann entgegentrat. Er wies auf die gewaltige Not unserer Zeit hin, die gebieterisch Maßnahmen zur Linderung erfordere. Zur Sicherung der Versorgung mit Brot und den unentbehrlichsten Lebensmitteln sei von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, nicht etwa vom ADGB. allein, eine Beschränkung der Einfuhr entbehrlicher Genußmittel und Luxusartikel vorgeschlagen worden. Man sei dabei von den besten Absichten für das Gesamtwohl ausgegangen. Weiter sei eine scharfe Bekämpfung des Wuchers gefordert worden. Es handle sich nicht um eine dauernde Maßregel.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, worin die Versammlung gegen das Tabakeinfuhrverbot protestiert, die unverzügliche Aufhebung des Verbots fordert und das Unterbleiben jeder weiteren Zoll- und Steuerbelastung für Ein- und Ausfuhr sowie im Produktions- und Handelsgebiet.

Das Verlangen wird damit begründet, daß anderenfalls mehrere hunderttausend Familien dem deutschen Volkskörper als Erwerbslose zur Last fielen.

Es heißt dann weiter:

„Die Versammelten protestieren mit ebenso großem Ernst gegen das Bestreben, den Tabak und die daraus produzierten Erzeugnisse als Luxuswaren zu behandeln.

Von der Einsicht der Regierung erwartet die Versammlung, daß dem deutschen Volke zur Produktionslust nicht jeder Genuß, und zu diesem gehören Tabakerzeugnisse, entzogen wird.

Die Versammlung fordert die Unterstützung der durch die Maßnahmen der Reichsregierung erwerbslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen."

Die Berliner Metallindustriellen kneifen

Wie uns aus Metallarbeiterkreisen mitgeteilt wird, hat der Deutsche Metallarbeiterverband beim Verband Berliner Metallindustrieller um Verhandlungen wegen **Neuregelung der Löhne** nachgesucht. Das Lohnabkommen läuft auf Grund des Schiedsspruches vom 28. August 1922 bis zum 24. September 1922.

Am 22. September fanden die Verhandlungen mit den Metallindustriellen statt. Es stellte sich heraus, daß die Unternehmer die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen ablehnten, da sie ihnen zu hoch erschienen; sie erklärten sich auch außerstande, ein Angebot ihrerseits zu machen. Es wurde deshalb angeregt, das Reichsarbeitsministerium zwecks Einsetzung eines Schiedsgerichtes anzurufen. Es ist zu erwarten, daß dort die Angelegenheit geregelt werden wird.

Das Verhalten der Berliner Metallindustriellen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß sie nicht gewillt sind, ihren Machtstandpunkt preiszugeben. Was Selbstverständlichkeit sein müßte, die Löhne der Arbeiter den gegenwärtigen Preisverhältnissen entsprechend zu regulieren, lehnen die Metallgewaltigen ab. Sie erschweren und verschleppen die Verhandlungen in der ausgesprochenen Absicht, die Metallarbeiter bis aufs Blut zu reizen. Es genügt ihnen nicht, daß es ihnen durch Anwendung von Zwangsmitteln gelungen ist, die 46½stündige Arbeitswoche und damit den Achtstundentag in der Berliner Metallindustrie zu beseitigen, sie wollen auch die Arbeiter in anderer Weise die Peitsche fühlen lassen.

Für die Berliner Arbeiterschaft wird dies ein warnendes Beispiel sein. Sie wird daraus die Lehre ziehen müssen, daß die Scharfmacher ihre Uneinigkeit zur Verwirklichung ihrer Pläne benutzen. Nur durch geschlossenes einheitliches Handeln der Arbeiterklasse und durch festes Zusammenstehen innerhalb der freigewerkschaftlichen Organisation wird es möglich sein, die Hoffnungen der Unternehmer zu zerstören.

Die Fleischergesellen unter Ausnahmerecht

In keinem Gewerbe war in der Vorkriegszeit die Arbeitszeit so lang als im Fleischergewerbe. 14 bis 15 Stunden war die normale Tagesleistung, vielfach noch länger. Die Organisation war noch zu unentwickelt, daher auch zu schwach, um hier die Verhältnisse allgemein bessern zu können. Es gelang dies nur bei einem kleineren Teil der Betriebe.

Nach dem Kriege waren daher die Fleischermeister bemüht, den alten Zustand hinsichtlich der Arbeitszeit wieder einzuführen. Das gelang nicht, weil die Fleischergesellen sich unterdessen zu einem großen Teile organisiert haben und sich jeder Verschlechterung widersetzen. Trotzdem wird auch heute in den vielen Kleinbetrieben die Verordnung über den Achtstundentag nicht beachtet. Um den Verhältnissen in den Kleinbetrieben Rechnung zu tragen, hat die Organisation in Tarifverträgen wiederholt in eine 48stündige Arbeitswoche eingewilligt. Das geschah jedesmal nach reiflicher Aussprache und freier Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen, die gleichzeitig die Verpflichtung übernahmen, diese Abmachungen in dem gesteckten Rahmen zu respektieren. Gegen eine allgemeine Festlegung der 48stündigen Arbeitswoche wendet sich auch der Zentralverband der Fleischer seit jeher. Das genügte den Fleischermeistern nicht, sie wandten sich an die Demobilmachungskommissare, daß diese auf Grund der zugelassenen Ausnahmebestimmungen für die Fleischereien besondere Verordnungen erlassen. Das geschah bereits in sechs Fällen. Die Regierungspräsidenten erlassen die Ausnahmeverordnungen, weil sie angeblich zur Sicherstellung der Volksernährung erforderlich seien. Diese Begründungen sind lediglich an den Haaren herbeigezogen, denn in Wirklichkeit erfüllen die Regierungspräsidenten nur die offenen Wünsche der Fleischermeister.

Da die Fleischermeister durch ihre Organisation die einzelnen Regierungspräsidenten als Demobilmachungskommissare bearbeiten, können sie triumphierend von laufenden Erfolgen berichten. Die Fleischergesellen kommen dadurch allmählich im ganzen Reiche unter ein Ausnahmerecht. Wo solche Verordnungen erlassen sind, kümmert sich niemand mehr um eine 48stündige Arbeitswoche, sondern dort gelten jetzt wieder die Gepflogenheiten der Vorkriegszeit. Die Kontrollvorschriften, die vorsehen, daß täglich die Arbeitsstunden in eine Liste eingetragen werden müssen, werden infolge der Abhängigkeit der Arbeitnehmer in den Zwergbetrieben überhaupt nicht befolgt und von außen ist damit jede Kontrollmöglichkeit jetzt unterbunden.

Der Zentralverband der Fleischer hat sich jetzt mit einer Eingabe an den Arbeitsminister gewandt, die über die jetzt geschaffenen Verhältnisse unterrichtet. Sie weist auf die neuerdings erschienenen Ausnahmeverordnungen der Regierungspräsidenten von Detmold, Stettin und Köslin hin, wonach die Arbeitszeit in den Fleischereien an einzelnen Tagen auf 10—11 Stunden ausgedehnt werden kann. In der Kösliner Verordnung sei überhaupt keine zeitliche Begrenzung vorgesehen. Es heißt in der Eingabe weiter, daß die Regierungspräsidenten die sachliche Seite nicht ernsthaft geprüft, sondern einseitigem Verlangen Rechnung getragen hätten. Die wirtschaftliche Organisation der Arbeitnehmer sei vor Erlaß der Verordnungen überhaupt nicht gehört worden. In keinem Gewerbe werde der Verordnung über den Achtstundentag so wenig entsprochen wie im Fleischergewerbe, trotz der erschreckend großen Arbeitslosigkeit. Der Verbandsvorstand ersucht das Ministerium zum Schlusse, die Regierungspräsidenten zur Zurücknahme der Verordnungen zu veranlassen.

Lohnbewegung in den Meiereibetrieben

Wer verdient die Milch?

Natürlich die hohen Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Also stand es zu lesen in den bürgerlichen Presse, u. a. der Deutschen Tageszeitung und der Berliner Morgenpost, die niemals fehlen darf, wenn es gilt, der Arbeiterschaft eins auszuwischen. Hatten doch diese beiden Zeitungen es fertiggebracht, eine Milchmädchenrechnung aufzustellen, wonach durch die Lohnforderungen der in den Meiereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer für den Monat September der Milchpreis auf 50 Mk. pro Liter steigen würde.

In einer vom Lohnkartell der Berliner Meiereibetriebe einberufenen Vollversammlung des gesamten gewerblichen Personals, die am Mittwoch, den 20. September im Stadttheater Moabit stattfand, gab Reineveld vom Zentralverband der Heizer und Maschinisten den Bericht über die Lohnverhandlungen. Er wies darauf hin, daß auch die Arbeitgeber des Lohnkartells von derartigen verlogenen Behauptungen der bürgerlichen Presse abrückten und in der Verhandlung mitgeteilt haben, daß **pro Liter Milch auf den Arbeitslohn augenblicklich etwa 80 bis 90 Pfg. kommen.** Der Referent bedauerte, daß es immer noch Arbeiter gibt, die Zeitungen halten, die ganz gewohnheitsmäßig durch derartige Behauptungen die Oeffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft aufhetzen.

Die Lohnverhandlungen selbst sind in dieser Branche außerordentlich schwierig, weil die Arbeitgeber sich immer wieder auf die Preisspanne, die vom Magistrat bewilligt wird, berufen.

Wenn es trotzdem gelang, vor dem Schlichtungsausschuß einen verhältnismäßig günstigen Schiedsspruch zu erlangen, so ist das in erster Linie auf die Geschlossenheit der Arbeiter zurückzuführen.

Nach längerer Diskussion wurde der Schiedsspruch gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Der Betriebsrat und das Arbeitsrecht

Das moderne Arbeitsrecht hat uns, trotz seiner kurzen Entstehungszeit, eine Fülle von neuen Gesetzen und Verordnungen gebracht. Diese sind so vielgestaltig und greifen so häufig in einander über, daß man sich schon recht ernsthaft mit ihrer grundsätzlichen Bedeutung und ihrer Auslegung befassen muß, um sich ihrer in allen Fällen in der richtigen Weise bedienen zu können. Nichts ist daher verkehrter, als die Ansicht, daß einige formale Kenntnisse aus dem Betriebsrätegesetz schon arbeitsrechtliches Wissen bedeuten.

Damit allein ist noch nichts getan. Und auch die Kenntnis sämtlicher arbeitsrechtlicher Gesetze und Verordnungen der Nachkriegszeit allein nützen nichts ohne die gleichzeitige Beherrschung der in der Gewerbe-Ordnung und im Handels-Gesetzbuch niedergelegten Bestimmungen. Das Arbeitsrecht ist geradezu zu einer Wissenschaft für sich geworden, deren Beherrschung wir keineswegs den Unternehmern und ihren Syndizi allein überlassen dürfen. Vielmehr ist es eine Lebensfrage der Arbeitnehmerschaft, aus ihrer eigenen Reihe arbeitsrechtlich geschulte Kräfte dem Unternehmertum gegenüberstellen zu können.

Der Lehrplan der Freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule, die am 2. Oktober ihren neuen Unterrichtsabschnitt beginnt, enthält eine große Anzahl arbeitsrechtlicher Kurse, die sich auf alle Spezialgebiete des Arbeitsrechts erstrecken. Der Unterricht findet in allen Stadtteilen statt. Hörerkarten zum Preise von M. 15,— (für Arbeitslose unentgeltlich) und Unterrichtsverzeichnisse sind im Büro der Betriebsrätezentrale, Engeufer 24—25, 2. Hof, I., erhältlich. Dort finden auch Montags und Freitags von 4—7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

129 Stunden Dienst in einer Woche

Man schreibt uns:

Die in den Irrenanstalten der Provinz Brandenburg beschäftigten Pfleger und Pflegerinnen sind fast sämtlich zu Beamten und Beamtenanwärtern befördert worden, damit dieselben nicht in den Genuß des Achtstundentages kommen sollen und auch sonst mehr gezwickt werden können als ein Arbeiter. In der Landesirrenanstalt Teupitz z. B. haben die Pflegerwöchentlich **52½ Stunden Dienst und 31½ Dienstbereitschaft.** Das macht zusammen 84 Stunden pro Woche. Wesentlich schlechter stehen die Pflegerinnen in derselben Anstalt. Diese sind gezwungen, **wöchentlich 73½ Stunden Dienst und 56 Stunden Dienstbereitschaft** zu leisten, während als Freizeit wöchentlich 38½ Stunden gewährt werden. Dafür haben die Pflegerinnen aber auch die Ehre, Beamte zu sein oder in absehbarer Zeit zu werden.

In einer kürzlich stattgefundenen Betriebsversammlung wurde die zuständige Organisation beauftragt, gemeinsam mit dem Beamtenschuß eine andere Dienstregelung auszuarbeiten und mit dem Direktor der Anstalt darüber zu verhandeln. Trotzdem der in der Betriebsversammlung anwesende Direktor die Verhandlung mit dem Vertreter der Organisation bereitwilligst zusagte, erhielt die Organisation kurze Zeit darauf von dem Direktor ein Schreiben des Inhalts, **daß seine vorgesetzte Behörde ihm nicht erlaubt hätte, betreffs der Dienstregelung mit dem Vertreter der Organisation zu verhandeln.** Der Landschaftsdirektor kann es seinen Beamten zwar nicht verbieten, sich freigewerkschaftlich zu organisieren; aber er verbietet den Direktoren, mit der Organisation zu verhandeln. So etwas nennt man dann freies Koalitionsrecht.

Vor einigen Monaten, als das Personal noch Mitglied einer gelben Organisation war, konnte diese Organisation den Dienst regeln, und sie hat es in der Weise getan, daß die Pflegerinnen **heute 129 Stunden** und Dienstbereitschaft in jeder Woche haben. Es wird Sache unserer im Provinziallandtage und Provinzialausschuß sitzenden Genossen sein, den Landesdirektor dahingehend zu belehren, daß die Beamten nicht nur das Koalitionsrecht haben, sondern daß auch die Organisationen dazu berufen sind, die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Mitglieder zu regeln. Es mag noch hinzugefügt werden, daß die oben geschilderten Mißstände in allen Anstalten der Provinz herrschen.

Streikbeschluß in den Kupferschmiedereien

Die Lohnverhandlungen in den Kupferschmiedereien sind gescheitert. Die Arbeitnehmer hatten vom 15. bis 30. September d. J. eine Zulage von 30 M. pro Stunde gefordert. Die Arbeitgeber boten 5 M. Dieses Angebot konnte von seiten der Verhandlungskommission der Kupferschmiede nur als Provokation empfunden werden, da in anderen Industriebezirken und auch in kleineren Orten schon für die Zeit vom 1. bis 15. September bedeutend höhere Löhne für Kupferschmiede gezahlt wurden als in Berlin.

Ein von der Verhandlungskommission der Kupferschmiede gemachter Vorschlag, über die Löhne über den 30. September hinaus zu verhandeln und dafür für die Zeit vom 15. bis 30. September 25 M. zu bewilligen, wurde von den Unternehmern strikte abgelehnt. Sie erklärten nach kurzer Beratung, daß für sie die Situation so weit gediehen wäre, daß ein weiteres Verhandeln unmöglich sei.

Ueber dies Ergebnis der Verhandlungen vom 21. d. M. wurde in der am Freitag, den 22. September stattgefundenen Versammlung der in den Kupferschmiedereien beschäftigten Kupferschmiede Bericht erstattet und die Kollegen beschlossen einstimmig, am Montag, den 25. September, in den Streik zu treten.

Die weiteren Mitteilungen werden von der Streikleitung zunächst durch das Büro Gartenstr. 101 gegeben.

Lohnbewegung der Berliner Steinarbeiter

Der rund 3 Wochen dauernde Kampf der gesamten Berliner Steinarbeiter zur Erringung besserer Lohnbedingungen konnte mit einem Erfolg für die beteiligte Arbeiterschaft zu Ende geführt werden. Teilweise durch Schiedsspruch, teilweise durch Verhandlungen wurden Spitzenlöhne von 89,25 Mk. resp. 97,50 Mk. erreicht. Wir sagen hiermit allen anderen Berufsangehörigen, welche uns durch solidarisches Verhalten unterstützen, unseren Dank und sind jederzeit bereit, wenn an uns der Ruf ergeht, in gleicher Weise Solidarität zu üben.

Die Ortsverwaltung.

Damenwäsche- und Schürzen-Branche

Am 19. September sollte auf Grund einer Einladung der Arbeitgeberverbände über die Septembergehälter der kaufmännischen Angestellten verhandelt werden. Gleich zu Anfang erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß eine Verhandlung nur möglich sei, wenn die Angestellten ihre außerordentlich hohen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bedingten Forderungen reduzierten. Dieses Angebot mußten die Vertreter der Angestellten ablehnen, weil gerade bei der Aufstellung der Forderungen die Angestellten sich von dem Gedanken leiten ließen, nur das unbedingt Notwendige zu verlangen, dies aber auch mit aller Kraft durchzusetzen. Die Verhandlungen scheiterten somit, ohne eigentlich begonnen zu haben.

Zimmerer! Der Schiedsspruch des Bezirkslohnamts vom 16. d. Mts. ist nunmehr von beiden Parteien (Arbeitgebern sowie Arbeitnehmern) angenommen und gelangt der erhöhte Stundenlohn erstmalig am Freitag den 22. 9. zur Auszahlung. Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Sonnabend und Sonntag in allen Bezirken Bezirksversammlungen stattfinden. Bezirk 20 (Neukölln) hält seine Bezirksversammlung am Montag abend 7 Uhr bei Balewski ab.

Der Streik in der Fouragebranche ist seit Dienstag, den 19. 9. 1922 erledigt, da der Schiedsspruch von den Arbeitgebern voll und ganz anerkannt worden ist. Die Arbeit wurde einmütig wieder aufgenommen.

Klavierarbeiter! Branchenversammlung am Montag, den 25. September 22, abends 5 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über den Stand der Sozialgesetzgebung und die heutige Wirtschaftslage. 2. Unsere Lohnbewegung. 3. Gewerkschaftsfragen.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 23. September 1922.

10. Distrikt (Gesundbrunnen). Elternbeiräte und Ersatzleute. Sonntag vormittag 10 Uhr bei Schurzmann, Stettiner Str. 11, wichtige Sitzung. Alle Elternbeiräte müssen anwesend sein.

Sonntag, den 24. September 1922.

14. Verwaltungsbezirk Neukölln-Brtz. Ordner der Jugendweihe treffen sich ½8 Uhr „Neue Welt". Einlaßkarten zur Jugendweihe sind zu haben Spedition Reckarstr. 8 und Emser Str. 32.

Montag, den 25. September 1922.

3. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr Vollversammlung der kommunalen Kommission. Vortrag des Genossen Stadtrat Bock. Alle Mitglieder der Kommission und sämtliche Funktionäre werden auf diese Sitzung aufmerksam gemacht.

6. Verwaltungsbezirk (Kreuzberg), 18., 19., 20. Distrikt. Vortrag des Genossen Stadtrat Zachow über „Armenpflege im Verwaltungsbezirk Kreuzberg", Schulaula, Dieffenbachstr. 51, abends 7 Uhr. Die Stadt- und Bezirksverordneten sowie alle in der Armen- und Waisenpflege Tätigen müssen erscheinen. Obleute der kommunalen Kommission ¼ Stunde früher.

Schöneberg—Friedenau. Abends 7½ Uhr bei Baum, Apostel-Paulus-Straße 33, Funktionärsitzung. Alle Bezirksführer müssen erscheinen. Mitgliederversammlung am 28. September, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathaussälen, Martin-Luther-Straße 68 (Tunnel). Bericht vom Parteitag.

Schildermaler, Anmacher und Helfer, gemeinschaftliche Versammlung nachmittags 5 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Bericht über Lohnverhandlungen.

Vereinskalender

Sonntag, den 24. September 1922.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 10¼ Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 80, Jugendweihe. Festvortrag von Herrn Dr. A. Rosenberg. Harmonium, Geige, Gesang. Eintrittspreis 7 Mark, Kinder 4 Mark.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Karl Kohler, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei Gebring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 75.